

70 Heller.
Kopplung:
Tagesredaktion: 6.00
Nachredaktion: 0707.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Dienstag, 22. Jänner 1924.

Nr. 19.

Das bürgerliche Zeitungs- geschäft.

In Wien hat am Freitag ein aufsehen-
erregender Zeitungsstreit, über den auch wir
schon berichtet haben, durch einen Vergleich sein
Ende gefunden. Der Abbruch dieses Streit-
falles, der ein wertvoller Beitrag zur Erkennt-
nis des Wesens der bürgerlichen Presse ist,
gibt Veranlassung, die dabei zutage getretenen
Erscheinungen und die handelnden Personen
Revue passieren zu lassen. In der Wochenchrift
„Oesterreichischer Volkswirt“, der von Walter
Federn und Gustav Stolper herausgege-
ben wird, erschien im Juli vorigen Jahres
eine gegen den Herausgeber des Wochenblattes
„Die Börse“, Emmerich Beksffy, einem ehe-
maligen Budapest Journalisten fragwürdig-
ster Qualität, gerichtete Erklärung, in der be-
hauptet wurde:

1. Beksffy ist seit jeher ein politisch schamloses,
charakterloses Subjekt.
2. Beksffy ist ein Lügner und Schwindler,
der erfundene falsche Nachrichten verbreitet, die nur
der Befriedigung persönlicher Rachsucht oder der
persönlichen Bereicherung dienen können.
3. Beksffy ist ein künstlicher Journalist, der
Bezahlung fordert und nimmt für die Verbreitung
von redaktionellen Nachrichten und Artikeln, die
Wertpapiere anpreisen oder sonst geschäftliche und
persönliche Interessen seiner Auftraggeber fördern
sollen.

Beksffy antwortete darauf mit einer Flut
von Artikeln, in denen er gegen Federn und
Stolper die heftigsten Angriffe richtete. Unter
anderem schrieb er:

Die Herren Gustav Stolper und Walter Federn
haben gegen mich in ihrer Zeitung schamlose und
niederträchtige Verleumdungen erhoben.

Walter Federn und Dr. Gustav Stolper sind
gedungene und ausgeschaltete Praxos von Kapita-
listen, die sich durch meine journalistische Tätigkeit
in ihren Geschäften gestört fühlen.

Ich erkläre Walter Federn und Gustav Stolper
als ehrlose und niederträchtige Schurken, die aus
Rache und aus Brotneid oder gegen Bezahlung
Lügen und Verleumdungen.

Es ist nicht geradezu grotesk, wenn mein ein-
ziger Schüler — der Knabe, der meine Theorie
über die Künstlichkeit als erster Wiener Journalist
in die Praxis übersetzt, ist mein Schüler — also
gerade dieser Gustav Stolper, der sich bekanntlich
von der Zeitung des Präsidenten Bosel für drei
bis vier Artikel im Monat eine Gage bezahlet
läßt, die in der Wiener Presse einzig dasteht, mich
der Künstlichkeit zeugt? (Dr. Stolper war eine
Zeitung Mitarbeiter des „Tag“. — Die Red.)

Man sage mir, ob das Gebiet, auf welchem
Gustav Stolper wirkt, von den Interessen des
Präsidenten Bosel unbeeinflusst liegt, und ob es
möglich ist, die Grenze zu ziehen, wo die Beza-
hlung für drei bis vier langweilige Artikel aufhört
und der Lohn für freundschaftliches Verhalten im
„Volkswirt“ anfängt. Ich betrachte, wie gesagt,
den Gustav Stolper als einen praktischen Verehrer
meiner Theorie über die Künstlichkeit der Journali-
sten (er läßt sich vom Präsidenten Bosel wenig-
stens anständig bezahlen), ich mache ihm daher
auch keinen Vorwurf. Wenn er aber eine Er-
klärung unterschreibt, in der die Künstlichkeit als
eine der verächtlichsten Eigenschaften bezeichnet
wird, dann rufe ich ihm ein freundliches „Selber
aner!“ zu und gebe lachend weiter.

Die Folge dieser gegenseitigen Beschuld-
igungen waren eine Klage Beksffys gegen Federn
und Stolper und eine Gegenklage dieser beiden
gegen Beksffy. Ueber die Klage des letzteren
sollte im Herbst die Gerichtsverhandlung vor
sich gehen, doch einen Tag vor dem angelegten
Termin geschah das Ueberraschende: Beksffy
zog seine Klage bedingungslos
zurück. Nachträglich wurde bekannt, daß Be-
ksffy die Absicht hatte, in der Verhandlung eine
Liste von siebzig Journalisten,
die von Banken bestochen seien,
vorzulegen und daß er deshalb von Dr.
Edmund Wengraf, dem Präsidenten des
Wiener Journalistenvereines „Concordia“ er-
sucht worden war, „im Interesse des Standes“
die Klage zurückzunehmen und die Sache durch
ein Ehrengericht des Vereines austragen zu
lassen. Zu diesem Ehrengericht kam es nicht.

Die Regierung Baldwin in den letzten Zügen. heute erfolgt die Berufung Macdonalds und der Antritt der ersten Arbeiter- regierung des britischen Weltreiches.

London, 21. Jänner. (M.) Die Abstimmung
über den Zusatzantrag der Arbeiterpartei zur
Antwort auf die Thronrede findet heute abends
um 10 Uhr statt. Es ist in den letzten Tagen nichts
geschöner, was die Anschauung ändern würde, daß
der Zusatzantrag, welcher der Regierung das
Misstrauen ausdrückt, mit einer Mehrheit von
etwa 70 Stimmen angenommen wird. Es ist
wahrscheinlich, daß einige Liberale mit
der Regierung stimmen werden, andere
sich wieder der Stimme enthalten,
aber ihre Anzahl wird nicht so groß sein,
um eine Aenderung der Situation herbeizuführen, denn die
Minderheit der liberalen Partei geht mit
Asquith und unterstützt die Arbeiterpartei.
Es ist möglich, daß die Wechselseite durch
Beendigung der Abstimmung über den
Zusatzantrag der Arbeiterpartei nicht beendet
sein wird. Es sind noch andere Nachträge
angemeldet, aber im Falle, daß die
Beendigung der Debatte vorgeschlagen werden
sollte, würde sich das Abgeordnetenhaus laut
Mitteilung der „Times“ nach dem Beispiele aus
dem Jahre 1892 richten und den Zusatzantrag der
Arbeiterpartei annehmen. Man erklärt, daß
Baldwin morgen den König aufsuchen wird,
um ihm die Demission seines Ministeriums zu
überreichen und daß Macdonald aufgefördert
wird, die Regierung zusammenzustellen.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald“
macht zu der Diskussion über die Personen,
welche das Cabinet Macdonald bilden sollen,
seine Leser darauf aufmerksam, daß sie die
vorzeitigen Meldungen, die aus verschiedenen
Kreisen stammen, mit entsprechender
Reserve aufnehmen sollen. Das Blatt
bemerkte aber hierzu, daß es sicher sei,
Macdonald selbst werde Außenminister
sein. Henderson, der bereits während
des Krieges als Kriegsminister im
Kabinetmitglied war, wahrscheinlich
das Ministerium des Innern übernehmen
und A. H. Thomas, welcher ebenfalls
schon Minister war, Kriegsminister
werden. Man erwarte auch, daß
Phillip Snowden Finanzminister
sein wird. A. H. Clynnes, welcher
ein erfolgreicher Verflechtungs-
minister während des Krieges war,
das Schatzkanzleramt oder das
Siegelschreiberamt übernimmt.
Patrick Hastings und Sleffer,
beide königliche Räte, sollen die
Oberstaatsanwaltschaft bzw. die
Staatsanwaltschaft übernehmen.

da Federn und Dr. Stolper erklärten,
nur dem Gerichte Rede und Antwort
zu stehen. Freitag war nun vor
dem Wiener Schmutzgericht die
Verhandlung über die Klage der
Herren Federn und Stolper gegen
Beksffy, doch sie endete vor
der Fällung des Urteils mit der
Abgabe der Erklärung Beksffys,
daß er alle seine Beschuldigungen
als durchaus unbegründet „mit
dem Ausdruck tiefen Bedauerns“
zurückziehe, worauf die Kläger
die Klage zurückzogen. Daß die
Herren Federn und Stolper nach
dem ihnen von Beksffy ausgestell-
ten Zeugnis, daß er ihnen nichts
Unehrenhaftes nachsagen könne,
die Klage zurückzogen, dem liegt
vielleicht das Bedürfnis zugrunde,
vor dem Beksffy Ruhe zu haben,
jedenfalls wurden beide Klagen
dem einzigen Forum vorzeitig
entzogen, vor das sie gehörten.
Nach den ungeheuerlichen
Beschuldigungen, die sich die
Streitenden gegenseitig an den
Kopf warfen, hat sich der Vorhang
über dem Schauspiel vorzeitig
geschlossen, ehe noch die
Öffentlichkeit die Beweise und
Dokumente bürgerlicher
Zeitungschande, welche den
schweren Anschuldigungen
hätten folgen müssen, zu
prüfen Gelegenheit bekam.

Aber doch ist von den
ängstlich behüteten Geheimnissen
der kapitalistischen Presse bei
dem Streit genug bekannt
geworden, um über ihr Wesen,
ihren Zweck und ihre
Grundlagen ein Urteil fällen zu
können. Ueber Beksffy wurde
im Verlaufe des Streites
behauptet, daß er von dem
berühmten Wiener Spekulant
und Börsenkönig Castiglioni zur
Gründung seines

Weg mit Baldwin! — die Hauptpflicht des Parlaments.

London, 21. Jänner. In Zusammenfassung
der Erörterung des Misstrauensantrages der
Arbeiterpartei erklärte der Führer der
Liberalen, Sir John Simon: Die
Hauptpflicht des Hauses ist,
die unfähige Regierung Baldwin zu
beseitigen. Ich hoffe, daß eine
Regierung der Arbeiterpartei
unter wohlwollender Haltung aller
Parteien das Amt übernehmen wird.
Kusten Chamberlain sagte: Wenn die
Liberalen mit der Arbeiterpartei
zusammenstimmen sollten, würden
sie das Land verraten und nie
wieder das Land regieren.

Macdonalds Ministerliste.

London, 20. Jänner. „Sunday Times“
teilt auf Grund von Informationen von
einführender Seite folgende
voraussichtliche Zusammen-
setzung des neuen Arbeiterkabinetts mit:

- Premierminister und Staatssekretär
des Äußeren: Ramsay Macdonald;
- Lordgeheimsekretär: Clynnes;
- Lordkanzler: Lord Parmoor;
- Schatzkanzler: Snowden;
- Finanzsekretär des Schatzamtes: Graham;
- Minister des Innern: Arthur Henderson;
- Kriegsminister: Thomas;
- Erster Lord der Admiralität: Lord
Baldan;
- Kolonialsekretär: Wedgwood oder
Benn Syson;
- Präsident des Landwirtschaftsamtes: Noel
Buzon;
- Arbeitsminister: Sidney Webb;
- Gesundheitsminister: Wheatley;
- Unterrichtsminister: Travelhan;
- Minister für Pensionen: Robert;
- Präsident des Handelsamtes: Greenwood;
- Generalpostmeister: Hartshorn;
- Sekretär für Schottland: Adamson;
- Unterstaatssekretär des Äußeren: Brigades-
general Tompson;
- Unterstaatssekretär des Home office: Miß
Bondfield;
- Attorney General: Patrick Hastings;
- Solicitor General: Sleffer.

Blattes Geld erhalten habe, worauf Beksffy
zu seiner Verteidigung ebenso offenherzig
wie unverfroren eingestand: „Nichts ist
selbstverständlicher, als daß ein Journalist,
der eine Zeitung gründet, eine kapita-
listische Verbindung sucht. . . .“
Wahrhaftig: „nichts ist selbstverständlicher“!
Nichts ist auch selbstverständlicher, daß diese
„Verbindung“ die Abhängigkeit der bürger-
lichen Presse vom Kapitalismus bedingt, seien
es nun Banken-, Industrie- oder sonstige In-
teressengruppen, welche diese Verbindung ein-
schießen. Die Beeinflussung und Korruption
der bürgerlichen Zeitungen erfolgt nicht
durch einen Castiglioni allein, die Abhängigkeit
ist allen gemeinsam, wenn auch die Methode
verschieden ist. Beksffy verlegt sich
wenigstens nicht aufs Leugnen, sondern
gibt zu, daß er und seine Zeitung durch
Kapitalistengelder ausachalten wird,
und er macht sich lustig über die
Tölpel, die nicht begreifen wollen,
daß das bürgerliche Zeitungs-
geschäft ein Geschäft wie jedes
andere ist. Doch andere Beksffys,
von denen es in diesem bürgerlichen
Gewerbe, wie Beksffys Drohung
erwies, wimmelt, heucheln noch
immer von der hehren Mission der
bürgerlichen Presse und möchten
glauben machen, daß es sich um
einen Einzelfall handelt. Aber wo
ist denn die Presse, die anders
schreiben kann, als der Verleger
und die hinter ihm stehenden
Kreise befehlen, und wo ist die
bürgerliche Zeitung, deren Inhalt
sich über die sittliche Höhe erheben
darf, die von den Profitinteressen
der Verleger

Die Lehren einer Schulstatistik. Ziffern und Daten über die Mittel- schulen in der Tschechoslowakei.

Manche Statistiker läßt sich, wenn man sie zu
betrachten versteht, wie ein Roman. Da ent-
halten sich in trockenen Zahlenreihen kämpfende
Prinzipien, und aus ein paar Ziffern schaut uns
das Schicksal von Klassen, Nationen und Kultur-
bewegungen an. Auch mit dem statistischen Ma-
terial, welches die „Berichte des staatlichen stati-
stischen Amtes“ (Nr. 84—89) über den Stand
des Mittelschulwesens in der Tschechoslowakei im
Schuljahre 1923—24 veröffentlichen, geht es
einem ähnlich; es eröffnet weit über die Zahlen
hinaus Ausblicke ins allgemeine und gestattet
manche interessante Schlussfolgerung.

Schon das Verhältnis der verschie-
denen Gattungen Mittelschulen zu
einander, zeugt für den Wandel der Zeiten:
das sogenannte „humanistische Ideal“, dem
die Kultur der alten Griechen und Römer als
das für immer nachahmenswerte Muster und
Beispiel galt — wohl gemerkt, die altgriechische
Kultur, wie bürgerliche Ideologen sie zu be-
lieben liebten! — dieses humanistische Ideal
scheint endgültig zu Grabe getragen zu sein;
die Wirklichkeit der Maschinen, der Großbetrieb,
kurz des Kapitalismus, hat ihn unerbarmlich
den Sarg gemacht. Wenn jüst die Vertreter
dieses humanistischen Ideals, die Gymnasialpro-
fessoren, der bürgerlich-kapitalistischen Kultur,
der eigentlichen Vernichterin ihres Ideals,
Lobspalmen singen, so ist das ein pikantes und
tragikomisches Bild der Weltgeschichte; aber die
Tatsache bleibt bestehen, daß heute in der
Tschechoslowakei nur noch 46 reine „humanistische“
Gymnasien, hingegen 114 Realschulen, 68 Reform-
realschulen, an denen das Griechische gar
nicht und das Lateinische bloß vier Jahre lang
unterrichtet wird, 75 Realschulen ohne jede
klassische Sprache und 79 Lehrerbildungsanstalten
vorhanden sind.

Dieser Siegeszug der um Ideale, „Huma-
nismus“ und „Klassik“ gänzlich unbesümmerten
Wirklichkeit springt desto mehr in die Augen,
wenn man erwägt, daß Realschulen und
erst recht Realschulen Einrichtungen von verhält-
nismäßig jungem Datum, daß sie also durch
Umwandlung einstiger reiner Gymna-
sien entstanden sind. Leider gibt die
Statistik über die Zeit, wann diese
Umwandlungen in einzelnen
erfolgten, nicht Genügend an;
sonst wären wir imstande, geradezu
ziffernmäßig zu belegen, in
welchem Tempo sich die
Bevölkerung immer entschiedener vom
„humanistischen Ideal“ ab-
und dem Grundgesetz
zumande, daß die
Jugend in den höheren
Schulen weniger allge-
meine „Bildung“ als
brauchbare Vorbereitung
fürs „praktische Leben“
erhalten müsse. Wers

und der sonstigen direkten und indirekten
Geldgeber bestimmt wird! Der Grad der
Abhängigkeit, der Umfang der
Bestechlichkeit mag Ab-
stufungen aufweisen, und
nicht immer wird das
Nehmen von Schweigeldern,
die Lanzierung von
Börsepekulationen in so
drastisch-schamloser
Weise erfolgen, wie im
Falle Beksffy. Doch der
Charakter der bürgerlichen
Presse als eines Geschäftes,
wie es das Geschäft etwa
mit Stiefeln oder Kleidern
ist, zum Zwecke eines
Geschäftes, ist längst in
unwiderleglicher Weise
erbracht.

Der Fall Beksffy hat den
Sumpf aufgedeckt. Nicht
das erste Mal! Schon
Ferdinand Lassalle hat in
seinen zündenden Reden
die Arbeiterpartei vor der
Verlogenheit und dem
Gift der bürgerlichen
Presse gewarnt und er hat
den Nachweis geführt,
daß diese Zeitungen
nichts sind als „eine
industrielle Kapitalanlage
und Geldspekulation“. Er
warf dieser Presse „Feig-
heit und Verlogenheit“
vor und nannte sie den
„gefährlichsten, den
wahren Feind des
Volkes, einen um so
gefährlicheren, als er
verlappt auftritt“. Seit-
her hat sich an der
Wahrheit dieser
Worte nichts geändert.
Der Fall Beksffy hob
wieder einmal die
Hülle von dieser
Presse und läßt die
Arbeiterpartei erkennen,
aus welchen Mitteln jene
Presse gespeist wird,
der zur Hauptaufgabe
die Bekämpfung der
politischen und sozialen
Bestrebungen des
arbeitenden Volkes
gefehlt ist. Die
Lehren daraus liegen
auf der Hand!

Locomotivführerstreik in England.

Die Eisenbahnen lahmgelegt.

wollte leugnen, daß sich in all dem die Bestimmung des stets mit Idealen flunkierenden, aber sehr genau auf die Rentabilität der Erziehungsanstalten schauenden Bürgerstums, das doch den Hauptstod der Mittelschulung stellt, prächtig ausdrückt? Und dies umso mehr, als im Durchschnitt die Gymnasialklassen mit 31 Schülern am schwächsten besucht sind, eine Durchschnittsklasse des verfehlten Reformgymnasial-Typsus aber 32, des Realgymnasiums 34 und der Realschule gar 37 Schüler aufweist. Die in diesen Ziffern zutage tretende Tendenz läßt vermuten, daß eine Neuorganisation der Mittelschulen, wie sie die geplante Bürger- und Mittelschulreform bringen soll, dem eigenartigen Schultypus des Gymnasiums überhaupt so ziemlich ein Ende sein wird — nicht gerade zum Vorteil der Kultur- und Geistesentwicklung. Wir brauchen eine höhere Schule, die nicht bloß Drillanstalt für künftige Beamte, Juristen, Mediziner, Professoren und Geistliche ist, sondern die dem zweifellos vorhandenen, aufs Rein-Geistige und Denkerische gerichteten Menschentypus gerecht wird. Und die könnte bei planvoller Reformarbeit aus den heutigen Gymnasien hervortreten.

Die Stellung, welche die Mittelschulen überhaupt, abgesehen von ihrem Gattungsschieden, im Bewußtsein und im Erziehungswert der Bevölkerung einnehmen, geht aus dem Verhältnis zwischen Bevölkerung und Schülerzahl hervor. Durchschnittlich kommt je ein Mittelschüler auf je 113 Bewohner Böhmens, beziehungsweise 91 Mährens, 118 Schlesiens und 160 der Slowakei. Der Zustrom zu den Mittelschulen ist also in Mähren am stärksten, in der Slowakei am schwächsten, im Durchschnitt aber bewegt er sich unter einem 4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Dieser Prozentsatz würde den Eindruck des geradezu Lächerlich-Kleinen vielleicht einigermaßen verlieren, wenn die Statistik gestatten würde, die Zahl der Mittelschüler, statt an der Spitze der gesamten Bevölkerung, an der Zahl der zehn- bis achtzehnjährigen jungen Leute zu messen; aber auch dann würde sich gewiß noch die Erkenntnis ergeben, daß der ungeheuer kostspielige Apparat des Mittelschulwesens längst nicht alle Elemente erfährt, die er erfassen könnte.

Die Ursache dafür im engen Rahmen des Mittelschulwesens selbst zu suchen, wäre freilich verfehlt; sie steckt vielmehr in der wirtschaftlichen Struktur unserer Gegenwart, die es der großen Masse nicht gestattet, sich für ihre Kinder den Luxus einer „Bildungsschule“ zu leisten, sondern sie zwingt, ihre Kinder so früh als möglich zum Broterwerb anzuhalten. So lange dies der Fall ist, so lange wird die Mittelschule, mag sich auch ein oder das andere Proletariatskind in sie verirren, (eine Statistik der Eltern, die den genauen Tatbestand festzustellen gestattet, fehlt leider!) ein Masseninstitut bleiben. Soll hier ein Wandel eintreten, muß der Staat sich zur Versorgungspflicht befähigter Proletariatskinder bekennen und ihnen nicht etwa nur kostenlosen Unterricht und die Lernmittel, sondern auch die ganze Verpflegung, Bekleidung usw. liefern. Daß diese Forderung nicht außer- halb des Möglichen liegt, beweist das Beispiel des doch viel ärmeren Deutschösterreich — aber freilich heißt der Schöpfer der Staatsversicherungsanstalten dort Otto Glöckel, und der hatte bei seinen Reformen nicht die „Petta“ heranzuziehen! Wie die Dinge aber hierzulande liegen, müssen 120 Menschen, meist Proletarier, Steu-

ern bezahlen, damit ein einziges Kind die Mittelschule besuchen kann.

Das angegebene Verhältnis würde sich noch ungünstiger stellen, wenn nicht die Mädchen von Jahr zu Jahr einen höheren Prozentsatz von Schülern stellen würden, auch das ist für die wirtschaftliche Umgruppierung ein bezeichnendes Symptom. Zeis in eigenen Anstalten, jeis im gemeinsamen Unterricht mit Anaben, studieren derzeit 18.252 tschechische, 5497 deutsche, 475 ungarische und 48 polnische Mädchen, an Lehrerbildungsanstalten aller Jangun außerdem 4879, in Summa also 29.151. Das sind, da die Gesamtzahl aller Mittelschüler überhaupt 109.479 beträgt, nicht weniger als 26,6 Prozent, die Zunahme gegen das letzte Schuljahr stellt sich auf 2296 Mädchen oder auf 7,8 Prozent. Einen so beträchtlichen, die deutliche Tendenz der Zunahme aufweisenden Bruchteil gegenüber wird sich für die Schulbehörden immer zwingender die Frage ergeben, wie sie den besonderen Bedürfnissen weiblicher Veranlagung auch im Frauenstudium Rechnung tragen wollen. Je stärker die Zahl der Schülerinnen anwächst, desto mehr muß sich das ihnen eingeräumte Recht der Koedukation mit Anaben als ein Nothbehelf herausstellen. Die Mittelschulreform steht hier vor einem grundsätzlichen und nicht bloß vor einem Organisationsproblem.

Für die 109.479 Schüler an Staatsmittelschulen sind 5040 Lehrkräfte, darunter 427 weibliche (8,5 Prozent) gegen 26,6 Prozent der Schülerinnen) angestellt, es kommt also auf rund 21 Schüler je ein Lehrer. Bei diesem günstigen Verhältnis könnten die erzieherischen Erfolge außerordentlich gute sein, die Statistik läßt aber darüber natürlich kein Urteil zu. Den einzigen Anhaltspunkt liefern die Angaben über die Repeatinge. Dieser mußten im ganzen 6140 Schüler, davon 5098 tschechische und 819 deutsche, dem vorigen Jahr besuchte Klasse wiederholen; gegen-

berminderter Personenverkehr und eine teilweise Einstellung des Güterverkehrs erfolgen.

London, 21. Jänner. Die ersten Nachrichten über den Eisenbahnstreik aus der Provinz besagen, daß vom Zentrum Doncaster keine Züge abgehen. In Brighien sind die Locomotivführer ebenfalls im Ausstande. In Cardiff beträgt die Zahl der Streikenden 300. In Crewe, einem wichtigen Verbindungspunkt auf der Fernlinie London-Midland-Schottland, sind zwar alle Mitglieder der Locomotivführervereinigung in den Streit getreten, doch soll eine ausreichende Zahl von Mitgliedern der nationalen Eisenbahnerunion verfügbar sein, um den eingeschränkten Dienst im Gang zu halten. Bisher laufen so gut wie alle Fernexpresse mit geringer Verspätung. Der Umfang des Streikes kann erst im Laufe des Tages beurteilt werden.

London, 21. Jänner. (Neuer.) Die Mitglieder der Nationalen Eisenbahner-Union haben sich bis auf geringfügige Ausnahmen in der Nacht den streikenden Maschinisten angeschlossen. Der Dienst ist eingeschränkt. Nahrungsmitteltransporte haben den Vorzug. Die in einem viel kleineren Umfange erschienenen Blätter sind in alle Lande mit Motorbooten gebracht worden.

ern bezahle, damit ein einziges Kind die Mittelschule besuchen kann.

Das angegebene Verhältnis würde sich noch ungünstiger stellen, wenn nicht die Mädchen von Jahr zu Jahr einen höheren Prozentsatz von Schülern stellen würden, auch das ist für die wirtschaftliche Umgruppierung ein bezeichnendes Symptom. Zeis in eigenen Anstalten, jeis im gemeinsamen Unterricht mit Anaben, studieren derzeit 18.252 tschechische, 5497 deutsche, 475 ungarische und 48 polnische Mädchen, an Lehrerbildungsanstalten aller Jangun außerdem 4879, in Summa also 29.151. Das sind, da die Gesamtzahl aller Mittelschüler überhaupt 109.479 beträgt, nicht weniger als 26,6 Prozent, die Zunahme gegen das letzte Schuljahr stellt sich auf 2296 Mädchen oder auf 7,8 Prozent. Einen so beträchtlichen, die deutliche Tendenz der Zunahme aufweisenden Bruchteil gegenüber wird sich für die Schulbehörden immer zwingender die Frage ergeben, wie sie den besonderen Bedürfnissen weiblicher Veranlagung auch im Frauenstudium Rechnung tragen wollen. Je stärker die Zahl der Schülerinnen anwächst, desto mehr muß sich das ihnen eingeräumte Recht der Koedukation mit Anaben als ein Nothbehelf herausstellen. Die Mittelschulreform steht hier vor einem grundsätzlichen und nicht bloß vor einem Organisationsproblem.

Für die 109.479 Schüler an Staatsmittelschulen sind 5040 Lehrkräfte, darunter 427 weibliche (8,5 Prozent) gegen 26,6 Prozent der Schülerinnen) angestellt, es kommt also auf rund 21 Schüler je ein Lehrer. Bei diesem günstigen Verhältnis könnten die erzieherischen Erfolge außerordentlich gute sein, die Statistik läßt aber darüber natürlich kein Urteil zu. Den einzigen Anhaltspunkt liefern die Angaben über die Repeatinge. Dieser mußten im ganzen 6140 Schüler, davon 5098 tschechische und 819 deutsche, dem vorigen Jahr besuchte Klasse wiederholen; gegen-

über dem Schuljahre 1922-23 steigerte sich ihre Zahl um 563, also um rund 11 Prozent. Man darf in dieser unerfreulichen Zunahme eine Nachwirkung des Krieges erblicken, denn den Hauptstod der Mittelschulen bilden gewöhnlich jene Kinder, die zwischen 1914 und 1918 im eindrucksfähigsten Alter standen. Wohin man schaut, kann man eben die herrlichen Früchte der „großen Zeit“ wahrnehmen, die sich unsere Nationalsozialisten wieder emporzuführen so heiß bemühen. — Daß man das Zahlenverhältnis zwischen Lehrern und Schülern als günstig bezeichnen, so weist die Statistik der Professoren selbst einen bösen Schönheitsfehler auf. Man erfährt aus ihr, daß 268 Direktoren und 2713 Lehrkräfte mit festem Dienstplatz nicht weniger als 1519 Lehrer gegenüberstehen, deren Dienstort noch nicht fest bestimmt ist und die jederzeit in die Lage kommen können, weiter wandern zu müssen. Was das in der heutigen Zeit der Wohnungsnot bedeutet, bedarf keines Wortes, hier wird das Schulministerium durch seine eigene Statistik gemahnt, großzügigen Wandel zu schaffen.

Die deutschen Lehrer in besonderen Maßen schon eine schmerzliche Zeit unfreiwilligen Weidens hinter sich, weil so viele Anstalten besetzt wurden, und mancher noch eine Wanderung vor sich, denn die Statistik weist unter 111 deutschen Schulen sieben auf, die sich derzeit im Zustande der Auflösung befinden und nur „zu Ende laufen“; sieben andere sind mit dem Schluß des Schuljahres 1922-23 gesperrt worden. Vorderrand haben die Deutschen 19 Gymnasien, 28 Realgymnasien, 21 Reformrealgymnasien, 24 Realschulen und 19 Lehrerbildungsanstalten mit insgesamt 25.084 Schülern und 847 Klassen. Auf eine Schule kommen also im Durchschnitt 225, auf eine Klasse 29 Schüler. Die entsprechenden Durchschnittszahlen bei den Tschechen,

die 256 Anstalten mit 2216 Klassen und 80.343 Schülern aufweisen, sind 313 und 36. Die mechanische Nebeneinanderstellung dieser Ziffern gibt Gehblättern vom Schlage der „Narodni Democraci“ den billigen Trumpf in die Hand, daß alle Beschwerden der Deutschen über Schuldrosselungen eines Heredes seien, es ginge ihnen — Zahlen beweisen! — doch offensichtlich weit besser als dem Staatsvolk. Nun wird sich aber, bis die sieben sterbenden deutschen Anstalten beseitigt und die werdenden tschechischen Anstalten einmal ausgebaut sein werden, der Abstand zwischen den Durchschnittsziffern bedeutend vermindern; und selbst wenn dies der Fall wäre, kann nichts die Beseitigung von Kultur- und Unterrichtsstätten rechtfertigen. Das geschichtliche Aurrecht des österreichischen Deutschbürgertums, daß es den anderen Nationen der Monarchie nicht die volle Entwicklung gönnte, wird nicht durch die Vernichtung deutscher, sondern durch die Errichtung tschechischer Anstalten geführt. Dank der kulturellen Revanchepolitik besitzt jetzt ganze Landstriche, wie beispielsweise Ostschlesien, keine einzige deutsche Mittelschule, und wie nötig eine solche wäre, beweist der Umstand, daß sich im Oberberger Realgymnasium 507 Schüler zusammenbringen müssen. Wenn jetzt eine deutsche Mittelschulklasse im Durchschnitt 29 Schüler aufweist, so ist das nach pädagogischen Grundsätzen genug und übergenug; garnicht davon zu reden, daß diese Ziffer, bis der Geburtenausfall durch den Krieg sich nicht mehr geltend machen wird, ohnehin steigen muß. Und noch mehr wird sie anwachsen, sobald einmal die Mittelschule aufgehört, Privilegiertenschule zu sein. Dielem Zeitpunkt arbeiten wir entgegen, wir fordern vom Staate wirtschaftliche Maßnahmen, die auch dem Proletariat die Tore einer höheren Schule, einer auch innerlich anders und besser gewordenen höheren Schule eröffnen! Für diesen sozialen Aufgaben gerecht werden soll, sind der deutschen Anstalten eher zu wenig und darum dürfen wir keinen Eingriff mehr in den ohnehin bis zum äußersten gedrosselten Bestand an deutschen Mittelschulen.

Der Reichsfinanzminister als Schlichter.

Berlin, 21. Jänner. (Eigenbericht.) Unter den Arbeitern und Angestellten hat ein jetzt veröffentlichtes Schreiben des Reichsfinanzministers Dr. Lütcher an andere Regierungsmittel oder groß: Erregung verursacht. In dem Schreiben wird bemängelt, daß die Schlichtungsausschüsse Schiedsprüche gefällt hätten, die den beteiligten Arbeitern und Angestellten höhere Löhne zubilligen, als sie beantragt erhalten. Nur eine der allgemeinen Notlage angepasste Lohnpolitik der Privatwirtschaft könne die deutschen Waren im Ausland konkurrenzfähig erhalten. Die Schlichtungsausschüsse sollen auf diesen Umstand Rücksicht nehmen, und es sei zu erwägen, ob nicht in Rahmen des Ermächtigungsgesetzes die Spruchpraxis der Schiedsgerichte darin einzuschränken sei, daß über Lohn- und Gehaltsverhältnisse des Reiches nicht, oder nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen, hinausgegangen werden dürfe.

Die über diese ministeriellen Richtlinien in den Arbeiter- und Angestelltenkreisen herrschende Erbitterung ist um so berechtigter, als die gegenwärtig geltenden Löhne und Gehälter bisher im

Leo und Florita.

Er sah gerade nicht vertrauenswürdig aus, wenn er so den Boulevard entlang dahinschlenderte oder gar in die Cala Victoria, in diese vornehme Straße, einbog, wo ihm jeder besser gekleidete Mensch mit schauerlicher Gebärde auswich. Daran irag eben seine Kleidung schuld, auf die er anscheinend nicht viel hielt. Es sah aus, als hinge alles nur so lose an seinem Körper, ohne jeden Zusammenhang, jedes Stück für sich selbst, alt, zerfressen und von der Zeit gebleicht. Er ging an Sonn- und Wochentagen in ein und denselben Kleidern einher und hatte fast das Aussehen eines Vagabunden. Dies fühlte er auch, gab sich aber trotzdem keine Mühe, sein Äußeres um des Ansehens willen zu ändern. Nein, er hatte es ja auch gar nicht notwendig. Die Hauptsache war das Mundwerk, und das funktionierte. Das hatte er oft genug schon bewiesen. Seinen Chef folgte er zehnmal im Tage mit Worten tot, die Leiber jeglichen Alters machte er mit seiner Rednergabe total verrückt und selbst so mancher von den vornehmen Leuten, die nicht in dem engen Geschäftskreis dieser morgenländischen Stadt aufgewachsen sind, sondern sich ihr Wissen und Können weit draußen in der großen Welt angeeignet hatten, zog vor ihm den Hut und ließ sich trotz der vielen verwunderten Blicke gern mit ihm in ein Gespräch ein.

Ja, solcherart war Leo, dieser eigentümliche Mensch, über den man nie recht klug werden konnte. Er schrieb nie einen Brief oder auch nur eine Karte und belam auch nicht die geringste Post. Mutterseelenallein schien er in der Welt zu stehen und doch sollte er irgendwo eine Mutter und eine Schwester haben. Manchmal, in den Stunden tiefer Einsamkeit, sprach er von ihnen und zwar mit solch inniger Liebe und Anhänglichkeit, daß einem förmlich warm ums Herz wurde. Doch so eine Anwandlung von plötzlich aufwallendem Heimweh dauerte nie lange bei ihm, das hielt er für eine der gefährlichsten Schwächen des Menschen.

In einer schamhaft versteckten Hütte, der von einem prächtig dastehenden Herrenhause Licht und Sonne genommen wurde und die scheinbar in die Erde hineinzuwachsen schien, hatte er bei einer alten Frau eine Stube gemietet. So elend und verfallen das Häuschen von außen auch ausah, innen schien die Freundlichkeit selbst zu wohnen. Man hatte so ein eigenartiges Gefühl, wie wenn Großmüttern in der Nähe wäre. Alles war so weich und ausgepolstert und in hellen Farben gehalten, als wäre es gleichsam in den satten Schein der Sonne eingetaucht. Nur alt, uralte war alles, so daß aus jedem Möbelstück das liebe, saltenreiche Gefühl des Großmütterns wie aus einem Spiegel freundlich lächelnd zu bliden schien.

Die abgefehlte, an allen Eden stark abgewetzte und gekennerte Gesicht Leo's sahte eigentlich gar nicht recht in dieses vornehm altertümliche Gemach hinein. Er sah wie ein ewig wandernder Schmutzflak aus, der bald auf dem Teppich hin und her kroch, sich bald auf einem der gepolsterten Stühle breit machte oder sich gar der Länge nach auf die gebümmte Bettdecke hinstreckte. So auf dem Bette liegend sah er wie ein riesengroßes Aufseher aus, das von einem fortbeweglichen Mast herabgerissen und auf die weiche Decke hingeworfen wurde.

Die Zimmerfrau Leo's hatte eine Tochter. Diese war schon über zwanzig Jahre und noch immer so spindelbürr wie eine feiste Telegraphenstange. Sie war keine Schönheit, hatte alle möglichen Fehler, die wie eine Pestkrankheit an ihrem dünnen Leib haften, und konnte höchstens wegen ihrer abnormalen Entwicklung Anspruch auf Aufmerksamkeit erheben. Florita wußte dies alles, doch hatte sie sich bisher immer zu trösten gewußt. Aber auf einmal war dies anders geworden, sie wußte nicht seit wann, wie und warum, aber sie empfand jetzt das Leben als eine unerträgliche Last, ja sie schämte sich sogar ihrer eigenen Person, ihres eigenen Jchs. Sie mied die Straße, wurde menschenscheu und vergaß sich in ihrer tiefen Einsamkeit, alles Hassend, was auch nur in entferntester Nähe Schönheit roch. Am wenigsten konnte sie schöne Menschen

ausstehen. Jedes noch so harmlose Lächeln deutete sie in ein böshafes, teuflisches um und bezog es auf sich, auf ihre häßliche Gestalt. Darum stand auch Leo's Zimmer lange Zeit leer, so lange, bis er kam, er, der Zertriffene, wie ihn viele spöttisch nannten.

Sein defektes Äußeres, sein ediges Gesicht mit der etwas hervortretenden Stirn, in die manchemal ein Büschel seiner hellblonden Haare wirr hineinbing, und dann die großen, blaugrauen Augen mit den weißbehaarten Augenlidern, unter denen geduldig ein treuerziger Blick seiner ihn gebärenden Stunde harzte, machten offenbar auf Florita den besten Eindruck, da er ohne viel Gerede gleich die Stube bekam.

Nun wurde für Florita das Leben wieder ein bißchen erträglicher. Sie kam öfter zu Leo herüber, um mit ihm zu plaudern, oder sie lud ihn ein, in Mütterchens Zimmer zu kommen, wo sie ihm auf dem großen Flügel sentimentale Lieder vorspielte. Einmal lud sie ihn sogar ein, mit ihr in die Stadt zu gehen, und — er ging.

Sie begegnete Leuten, die ihnen ein geringfügiges, spöttisches Lächeln entgegenzogen oder sie so neugierig anguckten, als stammten sie aus Hagenbeds Tiermenagerie. Doch weder Leo noch Florita beachteten die herausfordernden Blicke, sondern sie gingen, als wollten einmal sie die Menschen froheln, sich fühlend wie unschmeichelte Katzen, mit schmunzelnden Gesichtern, durch die Allee weit aufgerissener Augen.

Ihr Weg führte sie in den Cis-mi-cu-Park, der mit seiner prächtigen Teichanlage im Stadtzentrum liegt. Schöne, weiche Kieselwege schlängeln sich durch schattenspendende Alleen, führen durch duftende Rosengärten und Blumenbeete, wo man auf einer Bank sitzend, fern von dem lauten, hastigen Getriebe und Getümmel der sibirischen Stadt ausruhen und die arbeitsige Schönheit einer von Kunstgärtner gepflegten Natur bewundern und genießen kann. Dieser Park wirkt erhebend, wenn man von den schmuckstarken Proletariervierteln kommt, in deren Straßen und um deren Häuser Mist und Schutt schon seit undenklichen Zeiten herumlagern und

nur zeitweise durch den Wind von einem Straßenecke zum anderen gefegt werden.

Zum Leidwesen der neugierigen Späher liegen sie sich auf einer entlegenen, von dichtem Gebüsch umwucherten Bank nieder, scherzten und lachten, erzählten sich die wunderbarsten Dinge und gingen dann frohgemut wieder heim, nicht achtend des leeren Gelächters, das ihnen hinterher auf krummen Beinen nachhospfte.

Als sie sich diesen Tag gute Nacht sagten, küßte Leo sie das erstemal. Wie durch alle Himmel zurid und lag dann lange, mit offenen Augen träumend, nur halb entkleidet, in ihrem Bett. Es war, wie wenn diese Lippen Leben in ihren Körper gehaucht und alle ihr anhaftenden leiblichen Fehler weggeküßt hätten. Ein überwältigendes Gefühl der Dankbarkeit stieg aus der Tiefe ihres Herzens auf, dem Mann entgegen, dessen Mund das Weib in ihr erweckt hatte. Und jedesmal, wenn sie seinen Namen flüsterte, glaubte sie seine Lippen auf ihrem Mund zu fühlen...

Nun ist das Zimmer wieder leer, Leo ist fort. Der ewige Wandertrieb, der rastlose Mensch nie ruhen läßt, sie von Ort zu Ort, von Stadt zu Stadt und durch die große, weite Welt geht, einem ungewissen Schicksal entgegen, hatte Leo erfasst und ihn fortgetragen, hinaus in den großen Ozean des Lebens.

Florita sitzt nun stundenlang geduldig wartend hinter dem kleinen Fenster, das in den schmalen Hof, in den das prächtig dastehende Herrenhaus seinen dunklen Schatten wirft, mündet. In ihrem Wesen scheint sich eine gewaltige Veränderung vollzogen zu haben. Der häßliche Zug in ihrem schmalen Gesichtchen ist verschwunden und ihre Augen leuchten wie zwei Sterne vom blauen Himmel. Ihre Gestalt scheint etwas voller geworden zu sein.

„O, er kommt!“ denkt sie und achtet nicht der Zeit, die über Menschen und Dinge hinweg mit rasender Geschwindigkeit in den Ewigkeitsraum des Weltalls strebt, bedeutende Geschehnisse in unserem Leben nur in armseliger Erinnerung zurücklassend. Hans Simatsh.

Höchstfalls 70 Prozent der Vorkriegshöhe erreicht haben, trotzdem die Vorkriegshöhe wesentlich teurer geworden ist.

Eine Reform des Reichstagswahlrechts.

Berlin, 21. Jänner. (Eigenbericht.) Das Reichskabinett wird sich in den nächsten Tagen mit einer Reform des Reichstagswahlrechts beschäftigen. Es ist beabsichtigt, die gegenwärtige Kreis-einteilung zu ändern und die Zahl der Abgeordnetenmandate zu verringern. Die Reform wird sich im Rahmen der Reichsverfassung halten, aber anstelle der Listenvahl soll die Einzelwahl treten, um eine engere Verbindung zwischen Abgeordneten und Wählern herzustellen.

Wenn auch einige technische Verbesserungen des jetzigen Wahlsystems notwendig sein mögen, so wird doch darauf geachtet werden müssen, daß nicht unter dem Deckmantel einer Reform Verschlechterungen des Wahlverfahrens herbeigeführt werden.

Kabitaler Personalabbau.

Berlin, 21. Jänner. (Eigenbericht.) Im Sparauschuß des Reichstages wurde heute mitgeteilt, daß auf Grund des Personalabbaues der Reichseisenbahnen, der am 1. Oktober 1923 noch rund eine Million Angestellte und Arbeiter umfaßte, bis zum 1. April um mindestens zwanzig Prozent vermindert sein werde.

Das Zentrum zur Kundgebung Wirts.

Berlin, 21. Jänner. (Eigenbericht.) Auf der heutigen Tagung des Reichsaussschusses der Zentrumspartei wurde der frühere Reichsminister Dr. Wirth wegen seines tapferen „Offenen Schreibens“ von schwerindustrieller Seite heftig angegriffen. Da aber die Entgegnung eines anderen Zentrumsgesandten den lebhaftesten Beifall der Ausschußmitglieder fand, ist daraus zu schließen, daß Dr. Wirth unter seinen Fraktionsgenossen eine große Anhängerenschaft besitzt, die auch den Inhalt seiner republikanischen Kundgebung billigt.

Ein nationalsozialistischer Fabrikant als Mordkomplize.

Berlin, 21. Jänner. (Eigenbericht.) Der zweite Beteiligte an dem Mordkomplott gegen General Seeckt, dessen Namen verschwiegen wurde, ist Samstag nach Berlin eingeliefert worden. Es ist der als fanatischer Nationalsozialist bekannte Fabrikbesitzer (Hört, hört: ein Fabrikant als Mitglied der nationalsozialistischen Arbeiterpartei!) Dr. Georg Brandel aus Augsburg. In weiteren Kreisen ist er bekannt geworden durch seine Zeugenschaft in dem Prozeß wegen Ermordung des Studenten Bauer (Schmiedemord im Blücherbund), wo er den berüchtigten Dr. Ruge zu entlasten versuchte, und sich dabei als Geldgeber dieses Dr. Ruge entpuppte. Wie die „Schwabische Volkszeitung“ in Augsburg mitteilt, laufen die Fäden des Komplotts nach Augsburg.

Blockade der Kölner Zone.

Paris, 20. Jänner. (Havas.) Da England das Einvernehmen mit der französisch-belgischen Eisenbahnregie im besetzten Gebiete bezüglich des Verkehrs in der britischen Okkupationszone abgelehnt hat, hat die Regie Maßnahmen getroffen, die eine Konzentrierung des Verkehrs auf anderen Strecken gestatten.

London, 21. Jänner. Wie „Daily Telegraph“ meldet, wird die englische Regierung durch die Botschafter in Paris und Brüssel und durch den Vertreter in der Rheinlandkommission eine klare Begründung der Blockademaßnahmen der französisch-belgischen Regierung verlangen. Angesichts des erusten Charakters dieser Verkehrsblockade wird wahrscheinlich heute eine Besprechung der aus dem Amie scheidenden Minister mit einigen Führern der Arbeiterpartei stattfinden, um eine einheitliche Stellungnahme der alten und der neuen Regierung sicherzustellen. Wenn sich herausgestellt habe, daß der Blockadebeschluß weiter nicht sei, als ein offiziell angewandtes Mittel, England zur Preisgabe seiner bisherigen Haltung zu zwingen, so wird dadurch ein viel ernstere Konflikt als etwa durch englisch-französische Meinungsverschiedenheiten über die englische Inspektion in der Pfalz geschaffen. Es sei den englischen Behörden im Rheinland nicht entgangen, daß das offizielle Organ der separatistischen Bewegung bereits seit Wochen den Blockadebeschluß gefordert hat.

Die Pfälzer wollen reichstreu bleiben.

London, 21. Jänner. (Havas.) Im Unterhause erklärte der Unterstaatssekretär für Auswärtiges, Mac Neill, daß bisher nur ein Bericht des Konsuls Clives eingelaufen ist, demzufolge die Bevölkerung der Pfalz in überwiegender Mehrheit sich gegen eine autonome Regierung ausgesprochen hat. Weiters wird in dem Berichte erklärt, daß die autonome Regierung ohne französische Unterstützung nicht hätte existieren können und ohne diese sofort vertreiben worden wäre.

Das deutsche Auslandskapital.

Paris, 21. Jänner. Das zweite Sachverständigenkomitee, welches sich mit der Abschätzung der im Auslande befindlichen deutschen Kapitalien zu befassen hat, ist heute zusammengesetzten unter Anwesenheit der Mitglieder der Reparationskommission. Das Komitee besteht aus den Mitgliedern Mac

Kenna (England), welcher zugleich den Vorsitz führt, Laurent Michalin (Frankreich), Robinson (Vereinigte Staaten) Albert Janzen (Belgien) und Alberti (Italien).

Der Vorsitzende der Reparationskommission Barthou erklärte in seiner Begrüßungssprache: Das Problem der deutschen Kapitalflucht läßt sich mit größerer Bestimmtheit stellen, als öfen. Es ist von Deutschen im Auslande in Form von Depots und von Beteiligung an bestehenden Geschäften ein beträchtliches Kapital geschildert worden, daß die Leistungsfähigkeit Deutschlands in Mitleidenschaft zieht und dadurch auch seine Zahlungsfähigkeit beeinträchtigt. Läßt sich dieses Kapital abschätzen? Läßt es sich zurückführen? Der hervorragende englische Sachverständige Mac Kenna schätzte im Dezember 1922 die auf diese Weise nach dem Auslande abgewanderten deutschen Kapitalien auf keinen geringeren Betrag als eine Milliarde Dollar. Es wird Ihre Aufgabe sein, die Art der Verwendung der in Frage stehenden Beträge und die zur Vorbereitung ihrer Rückführung geeigneten Methoden ausfindig zu machen. Es ist zu hoffen, daß sie von der deutschen Regierung unterstützt werden, deren berufenste Vertreter zu wiederholtenmalen erklärt haben, ein Versuch der Rückführung der Auslandskapitalien, an dem Gläubiger und Schuldner gleiches Interesse hätten, würde ihre aktive Unterstützung finden.

Die ganze ist an Ihren Bemühungen interessiert, von denen zum Teil ihr Gleichgewicht abhängig ist. Die Beteiligung amerikanischer Staatsbürger an den Arbeiten der alliierten Sachverständigen ist eine bedeutsame Tatsache und ich lege Wert darauf, ihre Wichtigkeit nochmals zu unterstreichen. Das Recht und der Friede, die voneinander ungetrennt sind, erfordern eine Lösung.

Vorsitzender Mac Kenna bemerkte, die Arbeiten des Ausschusses könne als ein neues Beispiel der aufrichtigen Zusammenarbeit der Kriegsteilnehmer gelten. Die zu behandelnden Fragen wolle die Mitglieder der Kommission vom Standpunkte von Geschäftsleuten aus prüfen. Wir werden den Mut aufbringen, sagte Mac Kenna, unsere Schlussfolgerungen der Welt bekanntzugeben, und ich hoffe, daß die Welt gegebenen Augenblick auch den Mut aufbringen wird, diese Beschlässe auch anzuerkennen. Mac Kenna bemerkte weiter, daß die von ihm seinerzeit aufgestellten Ziffern eine rein persönliche Schätzung darstellen, wogegen die Schätzung, zu welcher das Komitee gelangen wird, einen autoritativen Charakter haben wird.

Das erste Komitee trat nachmittags 3 Uhr zu einer Sitzung zusammen, an der der Reichsbankpräsident Dr. Schacht und der Präsident der Kriegssachverständigenkommission Mayer teilnahmen.

Neue Lohnkämpfe in Oesterreich.

Wien, 21. Jänner. Die Industrieangestellten haben unter Hinweis auf die wieder ansteigende Teuerung eine Revision des alten Kollektivvertrages verlangt. Der Industriellenverband hat die Forderung der Angestellten, mit ihren Vertretern in Verhandlungen einzutreten, abgelehnt. Die Vertreter der Angestellten werden über ihre weiteren Schritte beraten. Kritisch ist die Lage auch dadurch, daß die der Automobilbranche angehörigen Firmen unter Hinweis darauf, daß durch die ausländische Konkurrenz eine Absatzstörung eingetreten sei, an die Arbeiter das Verlangen gestellt haben, in eine Lohnreduktion von 6 Prozent einzuwilligen. Ein ähnliches Verlangen haben die Firmen der Glühlampenindustrie gestellt. In einer Betriebsräteversammlung sämtlicher Automobilfabriken wurde beschlossen, daß die Arbeiterschaft unbedingt auf der Ablehnung der Unternehmerforderungen bestehe.

Einige Irrtümer Trotski...

Die Moskauer Kommunistenkonferenz. Moskau, 20. Jänner. (A. R.) Die dritte Sitzung der Konferenz der kommunistischen Partei befaßte sich mit inneren Parteifragen. Stalin führte aus, daß die Partei stärker und geeinigter aus der Diskussion hervorgehen werde. Die geringe Minderheit, die sich gegen die von der Partei genehmigte Demokratisierung innerhalb der Partei gestellt hat, hat die prinzipielle Phyllogonomie des Problems nicht erfasst. Die Resolution über die Demokratisierung der Partei wird infolge des ungleichen kulturellen Niveaus der Parteimitglieder schwer durchführbar sein, sowie wegen der Schwierigkeiten, endlich einmal mit den Traditionen des Bürgerkriegs zu brechen. Dennoch wird an der Verwirklichung der Demokratie in der Partei gearbeitet werden. Die in den letzten Monaten abgehaltenen Debatten zusammenschließend konstatiert Stalin, daß es nach Veröffentlichung der Resolution vom 5. Dezember betreffend die Demokratisierung der Partei schien, daß die Diskussion abgeschlossen sei. Sie begann jedoch von neuem, als Trotski nach Unterzeichnung der Resolution in der Presse Zweifel über ihre Durchführbarkeit aussprach. Stalin hob einige Irrtümer Trotskis, insbesondere betreffend seinen Standpunkt zur Opposition gegenüber den Organen der Partei und zur Opposition der kommunistischen Jugend gegenüber den alten Elementen der Partei hervor, was eine Spaltung herbeiführen könne. Eine drückende Mehrheit der Partei hat diese Fehler Trotskis verurteilt, die den wesentlichen Grundsätzen der bolschewistischen Organisation widersprechen. Stalin schlug der Konferenz eine klare Erklärung über die Unzulässigkeit einer Spaltung zwischen der Partei als Ganzes und ihren Organen einerseits und den Antagonisten andererseits sowie über die Notwendigkeit für die Partei alle proletarischen Elemente zu gewinnen, vor. Den unproletarischen Elementen dagegen sei der Zutritt zu verweigern.

Rund um die Korruption.

Präsel bleibt hartnäckig.

Die gescheiterte Mission Javorals.

Der gegenwärtige Stand der Korruptionsaffären läßt sich durch die Frage charakterisieren, die die Koalitionsparteien an die Agrarier stellen: Geht Präsel oder nicht? Die „Ceskoslovenské Roviny“ ließen sich Sonntag knapp vor Redaktionsschluss aus Pilsen berichten, daß dort in den Nachmittagsstunden eine inoffizielle Sitzung der agrarischen Führer stattfand, in der angekündigt wurde, daß Senatspräsident Präsel auf seine Funktion verzichten werde. Wenn auch die Stellung Präsel's naturgemäß nur an einem dünnen Faden hängt, muß die Meldung der „Ceskoslovenské Roviny“ doch zumindest als verfrüht bezeichnet werden. Im Senat hat eine inoffizielle Sitzung der Koalitionsparteien stattgefunden, welche beschloß, den liberalen Senator Javoral und den nationaldemokratischen Senator Brabe zum Senatsvorsitzenden zu entsenden, um ihn zum Rücktritt zu bewegen. Präsel ist jedoch sorgfältig der Meinung, nichts Schlimmeres als die anderen begangen zu haben und so kann man auch die Mission Javorals, der die Krise inoffiziell lösen wollte und auf dessen Verhandlungsgeschick die Koalitionsparteien große Hoffnungen gesetzt haben, als gescheitert betrachten. Die Entscheidung wird demnach in den offiziellen Koalitionskörperschaften, die diese Woche tagen, fallen.

Vor einer schweren innerpolitischen Krise.

Ein Alarmruf im Trambelblatt.

Die „Lidove Bisty“ sagen im Leitartikel der Sonntagsausgabe, daß die Spiritusaffäre auch im Ausland besonderes Aufsehen erregt hat, daß aber das wichtigste Moment darin besteht, daß sie im innerpolitischen Leben ein Ausmaß erreicht hat, wie es sich alle diejenigen, die die Angelegenheit hervorgehoben haben, nicht träumen ließen. In diesen Tagen spielt sich in unseren politischen Kreisen ein schwerer und spannender Kampf ab, bei dem es sich nicht mehr um Präsel dreht, sondern um Dinge von großer politischer und staatlicher Bedeutung. Das Schwerkgewicht der Situation liegt in der agrarischen Partei. Präsident Präsel hat neuerlich Vertretern der Koalition erklärt, daß er in der Spiritusangelegenheit vollständig rein sei, und daß er mit einer Korruption nichts zu tun habe. Auf die Funktion eines Senatspräsidenten werde er freiwillig unter keinen Umständen resignieren und werde sich einzig und allein nur der Entscheidung seiner Partei unterwerfen, die ihn mit der Funktion eines Senatspräsidenten betraut und die auch heute noch das Recht hat, über sie zu verfügen. Dies bringt die agrarische Partei in eine schwierige Situation. Auf der einen Seite der Druck der öffentlichen Meinung, der durch die Tat des Präsidenten Masaryk hervorgerufen wurde und auf der anderen Seite schwere parteiliche und politische Komplikationen. Es ist bekannt, daß Präsel in seiner Partei zahlreiche mächtige und einflussreiche Freunde besitzt und daß er schon einmal, noch zur Zeit Oesterreichs, einen Sieg über Svehla errungen habe; und als Präsel als Minister in der Republik zurücktreten mußte, mußte ihm der hervorragende Senator Dr. Horaček in der Funktion eines Senatspräsidenten weichen. Das alles beweist, daß Präsel eine starke Persönlichkeit ist, die nicht so leicht über Bord geworfen werden kann. In politischen Kreisen wird bereits die Nachricht kolportiert, daß Präsel eine neue Partei mit konservativem Programm gründen werde, der sich eine große Zahl von Abgeordneten und Senatoren anschließen werde. Man spricht sogar davon, daß bereits Vorbereitungen für ein besonderes Blatt Präsel's getroffen werden. Wir wissen nicht, was an diesen Meldungen Wahres ist, aber eins steht nach unseren Informationen fest, daß Präsel, der mit seinen festen Nerven den Kampf gegen seine Person verfolgt und der bisher zu seiner Verteidigung nicht ein einziges Wort niederschrrieb, in den nächsten Tagen zu sprechen beginnen werde. Seine Erklärungen werden angeblich für viele schrecklich und vernichtend sein. Es ist selbstverständlich, daß die Erschütterung der agrarischen Partei großen Einfluss auf unsere politische Situation hatte. Und es scheint, daß man diesen Folgen nicht ausweichen können, selbst nicht in dem Falle, wenn sich die agrarische Partei hinter Präsel stellt. Bei dieser Situation erwartet man allgemein in politischen Kreisen, daß die ganze Spiritusangelegenheit mit dem Zerschlagender Koalition und mit der Ausschreibung von Neuwahlen enden werde. Wie diese Wahlen für einige Parteien ausfallen würden, ist leicht vorauszusagen. Eine allnationale Konzentration läme dann nimmer zusammen. In politischen Kreisen sind noch verschiedene Gerüchte und Kombinationen im Umlauf, aber wir wollen bestimmte bedeutende Persönlichkeiten unseres Staates nicht in den aufgewirbelten Staub hineinzerren. Bestimmt ist, daß wir am Vorabend einer schweren Krise stehen, aus der nicht einmal unsere besten Politiker einen Ausweg sehen.

23 Spiritus-Millionen für die Agrarier.

Rude Pravo teilt mit, daß die tschechische Agrarpartei aus Präsel's Fond 23 Millionen Kronen erhalten habe. Alle Zeitungen, welche

die Agrarpartei herausgibt, seien von diesem Gelde ausgehalten, alle stänken nach Spiritus. Die Agrarpartei erhalte auch von anderen Spirituskorporationen Millionen, und zwar vom Verband der Spiritusindustriellen, an deren Spitze der agrarische Führer Doktor Kolizek stehe und auch vom Verbands der Spiritusrefinerien, die auch ihre Korruptionsfonde haben. Der ganze Apparat werde aus Korruptionsgeldern erhalten. Die Agrarpartei habe in das öffentliche Leben die Korruption getragen und die tschechischen nationalsozialistischen Führer hätten sich rasch akkomodiert. Der Ministerpräsident Svehla sei verpflichtet, einzuschreiten. Tut er dies nicht, dann habe er nicht die moralische Legitimation, an der Spitze der Regierung zu stehen.

Eine Kohlengeleichte.

„Rude Pravo“ erzählt neue Korruptionsgeschichten. So von einem Franz Stejskal, der ein einflussreiches Mitglied des Verbandes der Kohlenindustriellen und Chef der nationalsozialistischen Kohlenverkaufsfirma „Union“ in Prag und der Austro-Böhmischen Kohlengesellschaft in Wien sei. Durch die Vermittlung dieses Herren hat die tschechoslowakische Regierung während des Bergarbeiterstreikes, als die Kohlenvorräte der tschechoslowakischen Eisenbahnen nur für drei Tage reichten, einen Vertrag mit dem Präsidenten der österreichischen Bundesbahnen Dr. Günther auf Ueberlassung von 120.000 Tonnen ober-schlesischer Kohle, die durch die Tschechoslowakei nach Oesterreich transportiert werden, abgeschlossen. Es handelt sich nicht nur um ein ertragreiches Geschäft, das vollkommen geschwindig und auf betrügerische Art durchgeführt wurde und das den Unternehmern fette Millionen-Balken brachte, sondern auch um einen unerhörten Eingriff in den Kampf der Bergarbeiter. Der diesbezügliche Vertrag wurde vom Stejskal in Wien unterfertigt, nachdem er in Prag vom Ministerpräsidenten Svehla und Eisenbahnminister Stribrny unterschrieben wurde. Die Firma „Union“ steht mit der nationalsozialistischen „Tschechoslowakischen Genossenschaftsbank“ in der Nationalstraße in Prag in Verbindung. Die Firma „Union“ hat mit dem Staat einen Vertrag, nach dem ihr das Monopol auf Kohlenlieferungen für staatliche Zwecke zugesprochen wurde und zwar ohne Disfertverfahren und bei ermäßigten Transporttarifen. Die größten Kohlenmengen verbrachte das Eisenbahnministerium, dessen Chef der Nationalsozialist Stribrny ist. Stejskal ist nicht nur Direktor der „Union“, sondern auch Mitglied des Verwaltungsrates der Tschechoslowakischen Genossenschaftsbank. Durch Vermittlung dieser Bank, deren Präsident Minister Stribrny ist, erhalten die Firmen, welche mit ihr in Verbindung stehen die staatlichen Kohlenlieferungen zugewiesen. Auf demselben Wege wurde auch die Lieferung der 120.000 Tonnen ober-schlesische Kohle abgeschlossen. Es sind jedoch nur 40.000 Tonnen tatsächlich geliefert worden, für die der Staat 12 Millionen Kronen, also 300 Kronen für eine Tonne bezahlt haben soll. Da die inländischen Gruben an die Eisenbahnverwaltung Kohle für 70 Kronen pro Tonne liefern, hat der Staat die 40.000 Tonnen um rund 9.200.000 Kronen überzahlt.

Demgegenüber veröffentlicht Franz Stejskal folgende Erklärung:

- 1. Weder ich, Franz Stejskal, noch mein Kompagnon Josef Janedel sind oder waren je Mitglieder der Partei der tschechoslowakischen Sozialisten. Ich war von meiner Jugend an Mitglied der freiheitlichen Nationalpartei, später der staatsrechtlichen und nach dem Umsturz der nationaldemokratischen, deren organisiertes Mitglied ich auch weiterhin bin.
2. Die Firma „Union“ ist kein Unternehmen der tschechoslowakischen Sozialisten, sondern ein gewöhnliches, vom geschäftlichen Standpunkt aus geleitetes Kohlenunternehmen. Es hat keine Verträge mit dem Staat, auf Grund welcher ihm eine Monopolstellung auf Lieferung von Kohlen ohne Offertverfahren und zu ermäßigten Tariffahen eingeräumt wäre. Die Firma war auch nicht an den Verhandlungen zwischen den Tschechoslowakischen Staatsbahnen und der Oesterreichischen Staatsbahnen beteiligt und es konnte daher aus denselben weder die Firma noch ich persönlich irgendeinen Gewinn erzielen.
3. Die Firma „Union“ ist und war weder direkt oder indirekt in Geschäftsverbindung mit der Tschechoslowakischen Genossenschaftsbank und hat weder durch Vermittlung dieser Bank einen Lieferungsvertrag für Kohle mit dem Staat abgeschlossen, noch hat sie gegenwärtig ein Kohlenlieferungsabkommen mit dem Staat. Die Bankverbindung der Firma „Union“ ist ausschließlich die Tschechische Industrie- und Wirtschaftsbank.
4. Der Unterzeichnete gewährte niemals der Zeitung „Stunde“ ein Interview und daher ist die diesbezügliche Neuerung gegenüber einem Berichterstatter der „Stunde“ vollständig unwahr und erfunden.
5. Der Vertrag zwischen der Tschechoslowakischen Staatsbahn und der Oesterreichischen Staatsbahn wurde zwei Tage nach Beendigung des Streiks vereinbart und unterschrieben. Er wurde aus dem Grunde abgeschlossen, damit sich die österreichische Staatsbahn ihre sämtlichen Transporte und besonders den Kohlentransport aus Oesterreich, Polen und Hamburg über das

tschechoslowakische Gebiet sichere, da diese Transporte dadurch bedroht waren, daß auch nach Beendigung des Streikes die Einstellung der Durchfuhr auf den tschechoslowakischen Bahnen wegen Kohlenmangels drohte.

Dies ist die tatsächliche Wahrheit und ich erkläre, daß die Nachrichten des „Rude Pravo“ offenbar auf falschen Informationen beruhen. Insofern sie sich auf mich beziehen, übergab ich die Angelegenheit meinem Rechtsvertreter, durch dessen Vermittlung ich dem „Rude Pravo“ die Möglichkeit gebe, seine Behauptungen zu beweisen.

Das Soehlablatt ärgert sich über die „Klatz“-Suiz.

Der „Benko“ schreibt Sonntag zum ersten Male über die Spiriusaffäre und sagt: „Von dem Momente an, wo die Presse von dem Beschlusse — Einsetzung des Untersuchungsausschusses in der Präsidentschaft — erfährt, lesen wir zweimal täglich die verschiedensten Erfindungen über die Arbeit und die Sitzungen dieser Kommission und gleichzeitig auch über ihre Zusammenkunft. Wir widerlegen nicht die falschen Nachrichten, die neuerlich von Matschuch zeugen; nur zur Charakterisierung weisen wir auf eines hin, wie unwahr sie sind: Alle Blätter schreiben von einer dreigliedrigen Kommission und nennen ihre Namen, obwohl die Kommission neun Mitglieder zählt.“

Der Hrižbj hats verraten!

„Čestě Slovo“ macht seinem Unmut über diejenigen „Ex-Brüder“, die den Verrat der Louvregeschichte am Gewissen haben, daß es heute nicht nur in unserer Partei, sondern auch in der Öffentlichkeit ein offenes Geheimnis sei, daß sich eine Gesellschaft zur Vergiftung unserer Partei und von Personen unserer Partei gebildet hat. Diese Gesellschaft bildet der berühmte Hrižbj Herr Peterka und noch einige Parteigenossen, die mit Hrižbj stets in Beziehung stehen und dieser Gesellschaft hat sich Herr Malin angeschlossen. Diese Gesellschaft unterhält Beziehungen mit den Kameraden des Herrn Brbeniř. Diese „reine“ Gesellschaft hat die Laube-Affäre wieder aufgebracht, diese Gesellschaft hat die Affäre des Biographen „Louvre“ konstruiert, diese Gesellschaft wird weitere „Affären“ konstruieren.“

Inland.

Wie und für wen tschechische Schulen errichtet werden.

Für 1 tschechisches Schulkind wird eine Schule errichtet, für 70 deutsche Schulkinder eine Schule. Im September 1922 wurde in Hajeřbach (Bezirk Taus) im Böhmerwald eine tschechische Minderheitsschule errichtet. Das Ministerium ist bereits im Begriffe, für diese Schule einen Bauplatz zu erwerben, um im Frühjahr einen Neubau durchzuführen, da bis jetzt eine Klasse dieser Schule im Pöhlhause, die andere in einem Gasthause untergebracht ist. Das staatliche Pöhlhaus mußte aber auch noch für einen anderen höchst wichtigen „staatlichen“ Zweck herhalten, — zur Unterbringung des Vereinslokales des tschechischen Böhmerwaldbundes, wie eine große Tafel am Hause verkündet. Schon bei der Errichtung dieser Schule war es klar, daß sie nur für deutsche Kinder errichtet wurde, die durch Agitation des Hajeřbacher Volkensängers Beneš und des dortigen Gendarmen gewonnen wurden. Die Errichtung der zweiten Klasse dieser Schule gab Anlaß zu einer genauen Erhebung über die Nationalität der Kinder. Als Ergebnis dieser Erhebung liegt uns ein Verzeichnis der tschechischen Minderheitsschulen besuchenden Kinder vor. Aus diesem entnehmen wir, daß die Schule insamt von 45 Kindern (sie ist zwei Klassik) besucht worden ist. Von diesen Kindern ist nur ein einziges Kind, namens Jiřek, die Tochter eines tschechischen Hegers aus Wasseruppen, dessen beide Eltern tschechischer Nationalität sind; drei Kinder haben einen tschechischen Vater, aber eine deutsche Mutter, 5 Kinder haben einen deutschen Vater, aber eine tschechische Mutter. Alle übrigen 36 Kinder stammen von rein deutschen Eltern ab. Die Namen dieser Kinder sind urdeutsch und Beweis dafür, daß die tschechische Minderheitsschule dort nicht ihre von Staatswegen anerkannte Aufgabe erfüllt kann, die „germanisierende Wirkung“ der deutschen Volksschule wettzumachen.

Es sind also gerade vier Kinder, die man nach der Anschauung des Obersten Verwaltungsrichters als tschechische Kinder anzusehen vermag. Und für diese Kinder besitzt eine zweiklassige Minderheitsschule und für die will der Staat mit großen Kosten ein eigenes Schulgebäude errichten. Ist es möglich, daß die höchste Schulbehörde auf solche Art vollkommen und abschließend falsch berichtet wird und auch auf solche Schwundelberichte hereinfallen kann? Wäre nicht hier eine einwandfreie Überprüfung der Nationalität der Kinder am Platze, so wie sie bei den Gesuchen um deutsche Minderheitsschulen seitens des Ministeriums angestellt wird? Für das auch im Tauer Bezirk liegende Braunbuzsch, wo eine deutsche Minderheitsschule angestrebt wird, überprüft das Ministerium schon seit zwei Jahren die Nationalität von zirka 35 Kindern, obwohl diese einwandfrei die deutsche ist. Die Schule aber ist bis heute noch nicht errichtet.

Wie es zur Errichtung solcher tschechischer Minderheitsschulen kommt, kann am besten im Falle der tschechischen Minderheitsschule in Weizenbach gezeigt werden, einer der aus Oesterreich ausgeschiedenen Gemeinden im Weitraer Gebiet. Dort bemühten sich die deut-

lichen Gemeinden und der Ortsschulrat um die Einführung des unverändlichen tschechischen Sprachunterrichts an der deutschen Volksschule; allerdings wurden sie mit ihrem Ansuchen vom Landesschulrat abgewiesen. Diesen Umstand bemängelten zwei tschechische Agitatoren, darunter ein Legionär-Finanzier vom Weizenbacher Posten und gingen abends von Haus zu Haus und fragten die deutschen Eltern, ob sie ihre Kinder tschechisch lernen möchten. Da ja über Wunsch der Eltern um den tschechischen Unterricht angefragt worden war, sagten sie natürlich ja und die beiden Herren erboten sich, die Sache „schneller zu machen“. Die deutschen Eltern mühten etwas tschechisches unterschreiben und dieses stellte sich nachher als das Ansuchen um Errichtung einer tschechischen Minderheitsschule heraus. Als die Eltern hinter diesen Betrug kamen, verlangten sie die sofortige Streichung ihrer Namen auf dem Ansuchen. Dies wurde ihnen zwar versprochen, trotzdem aber bildete dieses Ansuchen mit den widerwärtigen Unterschriften die Grundlage für die Bewilligung der tschechischen Minderheitsschule in Weizenbach, welche auch tatsächlich verlegt wurde.

In Weizenbach selbst gibt es mit Ausnahme des Kindes des am 1. Dezember 1923 dorthin verlegten tschechischen Bahnwärters kein tschechisches Kind. Es mühten daher höchstens Kinder aus den umliegenden Gemeinden herangezogen werden, und zwar aus Raglitz, das in unmittelbarer Nähe von Graßau gelegen, eine tschechische Minderheitsschule besitzt, die von den Raglitzer Kindern auch besucht wird und aus Thiergarten, das zur Gemeinde Tannenbrud gehört, wo eine vierklassige tschechische Schule besteht. Die Thiergartner Tschechen wehren sich selbst gegen die Einschulung nach Weizenbach. Es ist also die tschechische Schule nur für das einzige Kind des tschechischen Bahnwärters errichtet worden. Der Effekt ist da, daß die Schule bis heute nicht eröffnet wurde, obwohl der Lehrer schon dort ist und bezahlt wird.

Aus Weizenbach kommt nun die Nachricht, daß der zur Unterbringung der auf Grund gefälschter Verzeichnisse errichteten tschechischen Minderheitsschule am 17. Jänner die exekutive Räumung des deutschen Schulgebäudes trotz aller Proteste durchgeführt wurde. Die Möbel des deutschen Schulleiters, das Schulinventar und der ganze Inhalt der Vorrats- und Speisekammern beider deutscher Lehrkräfte wurde teils in das deutsche Lehrzimmer, teils auf den Gang gestellt, so daß alles verstreut ist und der deutsche Schulunterricht daraufhin eingestellt werden mußte. Da auch der Holzschuppen, Keller, Boden und Schulgarten der deutschen Schule beschlagnahmt wurden, hört der deutsche Unterrichtsbetrieb im eigenen deutschen Schulgebäude überhaupt auf und die Tschechen sind alleinige Herren des Hauses geworden. Hierbei ist zu bedenken, daß im Fürstentumbergischen Meierhof geeignete Räumlichkeiten zur Unterbringung der tschechischen Schule zur Verfügung standen, die auch angeboten und überlassen wurden, und zwar die gleichen Räumlichkeiten, in welchen früher vor der Errichtung des deutschen Schulgebäudes die deutsche Schule untergebracht war. Diese Räume aber, in welchen durch Jahre hindurch 90 deutsche Kinder unterrichtet wurden, genügen dem Ministerium nicht für den Unterricht des einzigen tschechischen Kindes in der Gemeinde, des Kindes des tschechischen Bahnwärters und so wird wegen eines tschechischen Kindes der Unterricht für 70 deutsche Kinder zumächte gemacht. Das Alles ist bei den Tschechen keine Drofflung des deutschen Schulwesens!

Der sozialpolitische Ausschuss des Abgeordnetenhauses hält Dienstag, den 22. Jänner um vierzehn Uhr eine Sitzung ab.

Die Slowakisch-Amerikaner und Radie. Vorigen Sonntag hat in Wien eine Versammlung einiger Führer der slowakischen Volkspartei stattgefunden, an der auch Abg. Tomana teilnahm und in der der kroatische Abg. Radie in tschechischer Sprache einen Bericht erstattete. Er forderte die Slowaken auf, ihre autonominischen Bestrebungen fortzusetzen. Er erklärte, daß die politischen Persönlichkeiten in Westeuropa, mit denen er gesprochen habe, die autonominischen Bestrebungen der Slowaken anerkennen.

Der Osmüher „Bozor“ ging Samstag samt der Druckerei für 1,400,000 Kronen in die Hände der nationaldemokratischen Partei über.

Drohungen der Pfälzer Separatisten.

Speyer, 21. Jänner. Die Separatistische Regierung der Pfalz hat an den deutschen Reichskanzler und den bairischen Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet, indem es heißt, daß die Unterjochung anläßlich der Ermordung des Präsidenten ergeben habe, daß die von nationalistischen Organisationen auf der rechten Rheinseite ausgehende Verhetzung bei dieser Tat eine Steigerung bis zum Wahnsinn bedeute. Sollten neue Anschläge erfolgen, werde die autonominische Regierung fünf angefehene Bürger der Pfalz als Geiseln verhaften. Sollte noch ein Mord erfolgen, würden in jedem einzelnen Falle fünf dieser Geiseln erschossen werden.

Die Beurteilung Cahins rechtskräftig

Paris, 21. Jänner. Die Beurteilung der kommunistischen Abgeordneten Cahin und Bailant-Couturier zu je 6 Monaten Gefängnis wegen Aufregung von Militärpersonen zu Angehörigen und anarchistischer Propaganda ist heute nachmittags in Abwesenheit der Beurteilten in der Revisionsinstanz bestätigt worden.

Tages-Neuigkeiten.

Wenige deutschpöhlischer Kultur.

Die Aufführung der Tragödie „Hinkemann“ von Toller im Dresdner Staatstheater ist dieser Tage von den Deutschpöhlischen in standalöser Weise gestört worden. Anläßlich dieser „Kulturart“ bringt der Berliner „Vorwärts“ einen Briefwechsel zweier nationaler Studenten, der die Zusammenhänge zwischen dem Dresdner Theaterstempel und dem Vorkursenangriff auf Fritz v. Uruh charakterisiert:

Heidelberg, 3. Jänner 1924.

Lieber Hrižbj!

Ich halte es für eine vaterländische Pflicht, Dich gemeinsam von einem Ehrenhandel in Kenntnis zu setzen, der für die gesamte nationale Studentenschaft von größter Wichtigkeit ist. Ein sogenannter deutscher Theaterdirektor hatte hier vor kurzem die Unverschämtheit, ein miserables Stück: „Rosengarten“ von dem berühmten Fritz v. Uruh aufzuführen. Ich verstehe zwar nichts von Literatur, das habe ich als Jurist gottlob nicht nötig, aber wenn ein früherer Offizier patriotische Saide schreibt, dann weiß ich, was ich als Deutscher zu tun habe.

Also denke Dir, in seinem Nachwort läßt er einen Korpsstudenten auftreten, der sich als „Vorkurs“ ausgibt. Mein Blut kochte, als ich unsere geheiligten Farben so durch den Rot gezogen sah. Natürlich schickte ich dem Kerl am nächsten Morgen meine Kartallträger, aber der jüdenrassische Freigänger kniff ganz einfach, und die Judenpresse, die unerhörteste meinen Brief veröffentlichte, fohelte etwas von geistigen Waffen. Lächerlich, ich hatte ihm doch Gelegenheit zur Sanktion angeboten! So jedenfalls ist der Kerl in den Augen aller anständigen Menschen gerichtet, seitdem ihn unser Korps feierlich in den großen Bierbarisch getan hat.

Einem Rückschlud auf Dein Wohl.

Dein Boho.

R.S. Sieh doch mal in Bartels Literaturgeschichte nach, der Kerl muß ein Jude sein.

Dresden, 17. Jänner 1924.

Lieber Teutobold!

Du bist ein Niesenarnleuchter. Ich verstehe absolut nicht, wie man eine vaterländische Tat so ungeschickt ausführen kann — wozu bist Du denn Mitglied der „Teutoburger“, wenn Du noch nicht einmal ein lumpige Theaterstück sprengen kannst? Da haben wir den Bogen ganz anders raus. Hier brachte gestern das rote Staatstheater eine antimilitaristische Schwänerei von „Herrn“ Ernst Toller. Wir waren uns natürlich sofort einig, daß das verhindert werden mußte. Befehls-gemäß rückte dem auch unser ganzes Korps ins Theater, alles ausgesuchte Leute. Jeder hatte eine Pfeife, außerdem gab es genügend Klappern, Blasen und Blechbedel; ich selbst leitete von der Rangloge aus das Gesecht. Es klapperte einfach prachtwoll, wie bei einer Felddienstreue. Als die erste Stinkbombe fiel und der kleine Dide von Strohsenfels einen scharfen Schuß abgab, mußten die Trabanten auf der Bühne aufhören; wir waren so begeistert, daß wir alle im Chor unser herrliches Deutschlandlied sangen. Der anständige Teil des Publikums sang kräftig mit, der andere Pöbel ertrachte sich, zu protestieren. Wir haben sie aber hüßlich zur Ruhe gebracht. Die Polizei erdreistete sich wieder, einige von unseren tapferen Kommilitonen mit Namen festzustellen — aber das macht nichts. Der Richter wird unsere vaterländischen Motive schon richtig verstehen.

Wir haben übrigens den Kommilitonen J., der augenblicklich als Adjutant beim Wehrkreis-Kommando Dienst hat, veronast, seiner Exzellenz einen Entwurf vorzulegen, der alle moderne Literatur ab heute wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Aufregung zum Klassenkampf“ bis auf weiteres verbietet. Nur so können wir die Kerls klein kriegen. Heil und Sieg! Nach's eben's.

Ich komme Dir einen Ganzen.

Dein Aribert.

Das Band nunweisen am Balkan.

Aufgeregte Belgrader Meldungen von der jugoslawisch-bulgarischen Grenze.

Belgrad, 21. Jänner. Die Lage im südöstlichen Grenzgebiet gibt nach den aus Skopje hierher gelangten Meldungen Anlaß zu Besorgnissen (?). Wiewohl der Verkehr in diesen unwirtlichen Gegenden fast gänzlich unterbunden ist, wird die Grenzbevölkerung doch weiterhin durch nächtliche Ueberfälle von aus Bulgarien einbrechenden bulgarischen Banden bedroht. Der Umstand, daß Bauern zum anstrengenden nächtlichen Wachdienst herangezogen werden müssen, welcher wiederholt mit Feuergefechten gegen herumziehende bulgarische Komitatschender, ruft bei der Grenzbevölkerung eine wachsende Erbitterung gegen die bulgarischen Banden hervor. Da diese immer wieder auf bulgarisches Territorium flüchten, wo sie sich vollkommen geborgen fühlen, macht sich unter der serbischen Grenzbevölkerung eine Bewegung bemerkbar, welche darauf abzielt, sich bei einem weiteren Umsichgreifen des Bandenwesens nicht mehr auf eine bloße Abwehr zu beschränken, sondern zu einer wirksamen Gegenaktion zu schreiten. Diese würde sich auf eine Verfolgung der bulgarischen Banden nicht nur auf eigenem Gebiete, sondern selbst auf bulgarischem Staatsterritorium er-

strecken, da angesichts der offenkundigen Begünstigung der Banden seitens der bulgarischen Behörden nur auf diese Weise das serbische Grenzgebiet vor weiteren Einfällen geschützt werden kann. Angesichts dieser Nachrichten erwecken die vorgefertigen Ausführungen des Regierungsorgans „Samouprava“ über eine entschiedene Stellungnahme der Regierung gegenüber etwaigen weiteren bulgarischen Herausforderungen eine erhöhte Beachtung der politischen und diplomatischen Kreise.

Lehrlingshader und Verleumder.

Wie wir seinerzeit berichtet haben, hat der Bäckermeister Holley in Oberdorf einen seiner Lehrlinge mißhandelt und mit einem Messer noch ihm geworfen. Da nun der Lehrling auf diese Mißhandlung hin die Lehrstelle verließ, und bei Gericht die Strafanzeige erstattete, welche zur Verurteilung des Lehrlingshaders führte, wollte sich Holley an dem Lehrling dadurch rächen, daß er ihm der Veruntreuung beschuldigte. Der Lehrling hätte bei der letzten Abrechnung vom Dreierverkauf fünf Kronen für sich behalten. Bei der Verhandlung vor Gericht stellte es sich nun heraus, daß der Lehrling für den Zettel- und Brotverkauf Prozente erhielt. Von diesen Prozente mußte er sich seine Kleider und seine sonstigen Requisite kaufen. Bei der genannten Abrechnung blieb nun ein Rest von fünf Kronen, der bei der nächsten Abrechnung hätte verrechnet werden sollen. Diese Abrechnung unterließ nun, weil kurz darauf der Lehrling wegen der Mißhandlung seinen Posten verließ. Der Gerichtshof trug daher auch diesen Tatsachen Rechnung und konstatierte, daß keine Veruntreuung vorliege. Die Schuld von fünf Kronen wurde bei Gericht an Holley übergeben. Als nun Herr Holley sah, daß der Zweck seiner Verleumdung nicht erreicht sei, erklärte er, daß ihn der Lehrling auch beim Brotverkauf betrogen habe.

Die Verhandlung mußte daher vertagt werden, und fand dieser Tage ihre Fortsetzung. Der einzige Zeuge des Herrn Holley gab bekannt, daß er vom Lehrling ein Brot um 2 K 60 h gekauft habe. Die zehn Heller jedoch, die der Lehrling mehr verlangte, hat er mit Zustimmung des Holley bei Zustellungen ins Haus auf den Verkaufspreis zugeschlagen können. Der Lehrling mußte daher bei der neuerlichen Verhandlung wegen Mangels an Beweisen von der Anklage der Veruntreuung freigesprochen werden.

Unser Komotaur Parteiblatt veröffentlicht weiter Angaben darüber, wie der Lehrling im Hause Holleys behandelt wurde. Am Weihnachtabend des Jahres 1922 mußte der Junge beispielsweise erst die Pferdefütterung gehen, bevor er ein Nachtmahl bekam. Dieses Nachtmahl bestand dann aus einem Stückchen Wurst, welches Holley dem Lehrlingen zur Tür hinausreichte. Unser Komotaur Parteiblatt stellt nochmals fest, daß der Lehrling ein Kriegswaisenknabe ist, dessen Mutter kurz vor Kriegsausbruch starb und dessen Vater im Felde gefallen ist. Holley dagegen blieb während des Krieges schön im Hinterlande und hat die Bevölkerung mit dem rühmlichst bekannten „Holley-Kriegsbrot“ beglückt.

Sondermaßnahmen gegen Reichsdeutsche in Jugoslawien. Blättermeldungen zufolge beauftragte die Regierung des Königreiches SHZ. infolge der Schwierigkeiten, denen die Verhandlungen der Delegation des Königreiches SHZ. mit dem deutschen Reichskommissar bezüglich der Reparationslieferungen begegneten, deren Einstellung mittels der deutschen Note vom 2. Dezember angefordert wurde, die Ministerien der Justiz und des Handels, die Frage von Sondermaßnahmen gegen deutsche Staatsbürger und ihre Unternehmungen im Königreiche SHZ. zu studieren. Diese Maßnahmen werden dann in Anwendung kommen, falls die deutsche Regierung ihren Standpunkt in der Reparationsfrage nicht ändern wird.

Die Vereinigten Staaten beginnen sich in Mexiko einzumengen. Der amerikanische Kreuzer „Richmond“ ist in Vera Cruz eingelaufen. Man erblickt hien eine Warnung an die Aufständischen für den Fall, daß sie den Hafen von Tampico blockieren sollten. — Das Hydrographische Amt der Vereinigten Staaten gibt bekannt, daß von den mexikanischen Aufständischen in dem Hafen von Salina Cruz Minen gelegt worden seien und daß die Aufständischen beabsichtigen, andere Häfen, die sie besetzt halten, ebenfalls zu sperren. — Sieben Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten haben den Befehl erhalten, nach Vera Cruz abzugehen.

Die Kontermine gegen die ungarische Krone. In Angelegenheit der wegen verbotener Kronenspekulation der Staatsanwaltschaft eingeleiteten fünf Budapester Börsenkommissare wird bereits heute die Hauptverhandlung stattfinden und auch das Urteil gefällt werden. Die rasche Abwicklung dieser Angelegenheit wird durch das im Jahre 1920 geschaffene Gesetz betreffend den nachrücklichen Schutz der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung verfügt.

Die Regelung der Grenze bei Fiume. Nach Belgrader Meldungen wird die Grenze zwischen Italien und Jugoslawien folgendermaßen verlaufen: Sie geht aus von dem äußersten Ende des Barossahafens, verläuft längs des Fiumara-Bassins. Im Norden desselben, in dem Jugoslawien die ganze Zone von Porto Baros zufällt, berührt sie dann die Fiumara-Brücke und weist die eine Hälfte der Insel, die zwischen Fiume und Fiumara liegt, Jugoslawien zu, ebenso das Delta

und Piumara selbst. Die Grenzabstufungskommission wird am 21. d. ihre Arbeiten beginnen.

Zum Konflikt England-Afghanistan. Auf dem indischen Nation-Kongress in Coocanada (einer Stadt an der Nordostküste von Vorderindien) erklärte Schukat Ali, daß im Falle eines Krieges Englands mit Afghanistan die Anhänger der indischen Mohammedanerbewegung die Provinz aufwiegeln würden, den britischen Behörden den Gehorsam zu verweigern. Schukat Ali schlägt vor, daß eine aus den hervorragendsten Vertretern der mohammedanischen Nationalbewegung in Indien bestehende Deputation zu der afghanischen Regierung geschickt werde, um mit der afghanischen Regierung die Grenzfragen zu prüfen.

Das Ende der polnischen Koscienko-Organisation. Blättermeldungen zufolge hatte der polnische Ministerpräsident Grabski mit dem Innenminister Soltan eine längere Besprechung in der Angelegenheit der Aufhebung der koscienko-Organisation. Der Ministerpräsident äußerte den Wunsch nach der raschen sowie nach einer gründlichen Liquidierung der Organisation der Vereinskraft der polnischen Patrioten.

Grubenunglück in Oberösterreich. Unmittelbar nach der Einfahrt der letzten Schicht in den Aufseim-Schacht (bei Huldshin) ereignete sich dieser Tage in dem Schießpulverlager des Schachtes eine schwere Explosion. Mehr als fünf Zentner Dynamit explodierten; der ganze Lagerraum stieg in die Luft. Vier Arbeiter wurden getötet; die Verletzten sind völlig zerkleinert.

Uebergriff eines englischen Fischerschiffes an der norwegischen Küste. Dem englischen Fischerschiff „Salmonby“, das unweit von Bardö angehalten wurde, als es mit Fischgarn in den norwegischen Territorialgewässern fischte, wurde eine Strafe von 3500 norwegischen Kronen auferlegt und die Beute beschlagnahmt. Blättermeldungen zufolge werden dank der strengen Kontrolle, die Fälle, daß Ausländer in den norwegischen Gewässern Fischfang betreiben, immer seltener.

Neuwahlen in Finnland. Der Präsident der finnischen Republik hat das Dekret über die Auflösung des Parlaments und die Ausschreibung von Neuwahlen unterzeichnet, die am 1. April stattfinden werden. Das neue Parlament tritt am 1. Mai zusammen.

Tödlicher Fliegerabsturz. In Udine ist der Fliegerkapitän Gino Mazzo kurz nach dem Aufstieg aus 30 Meter Höhe abgestürzt, wobei er schwere Verletzungen erlitt, denen er bald darauf im Spital erlag.

Kommunistische Waffenlager. In Brescia (Italien) sind zwei eingemauerte Waffendepots der Kommunisten entdeckt worden. Sie enthielten u. a. 14 Bomben, Gewehre usw.

„Wacht am Rhein“. Nabaubrüder. Der „Vossischen Zeitung“ zufolge veranstaltete das Publikum bei der Erstaufführung von Georg Büchners Drama „Donau und Tod“ im württembergischen Landestheater in Stuttgart lärmende Kundgebungen, gegen die am Schluß der Tribünallzene erlösende Marschläufe. Nach Schluß der Vorstellung setzten sich die Kundgebungen vor dem Theater fort und veranlaßten die Polizei zum Einschreiten. Die Demonstranten sangen „Die Wacht am Rhein“ (!), wurden aber durch die Polizei abgeführt.

Die Sturmschiff der „Shenonoo“. Das amerikanische Riesenschiff „Shenonoo“, das am 16. Jänner durch einen Sturm von seinem Landungsplatz in Lakehurst losgerissen wurde, ist wie wir bereits gemeldet haben, nach hartem Kampf wieder nach Lakehurst zurückgekehrt und ohne Unfall gelandet. Die „Shenonoo“ hatte einen Riß in der äußeren Umhüllung, war aber sonst unbeschädigt. Die Offiziere und Mannschaften waren von der anstrengenden Arbeit zwar erschöpft, aber gesund und unverletzt. Der Führer des Schiffes, Kapitän Heinen — ein Deutscher — wird nach einem Telegramm des Pariser „Journal“ als ein Held gefeiert. Die Leistung des Schiffes wird als hervorragend bezeichnet. Das Luftschiff wurde am Mittwoch nachmittag von einem Wirbelsturm im strömenden Regen fortgetrieben, jede Möglichkeit der Orientierung schien zu fehlen. Um 9.15 abends nahm die drahtlose Station eine Meldung der „Shenonoo“ auf: „Alles geht gut, wir kämpfen mit Erfolg gegen den Sturm. Wir glauben über Brunswick und New-Jersey zu sein.“ Pierce“) Pierce ist der Kommandant des Luftschiffes. Etwas später wurde gemeldet, daß das Luftschiff über Westfield gefahren wäre. Das Schiff war nicht zu sehen, aber man hörte seine Maschinen. Dann wurde das Schiff dem Meere zugeleitet und das Schicksal der „Dirnuido“ berechnete zu der Sorge, daß auch die „Shenonoo“ verloren gehen würde. Aber es war dem Führer Heinen gelungen, die Macht über das Schiff zu behalten und es gegen den Wind zu stellen. Durch Sturm und Unwetter brachte Heinen die Besatzung wieder zum Landungsplatz zurück.

Furchtbares Schicksal von Treibern. Ein schreckliches Unglück ereignete sich bei einer Treibjagd in der Biharer Gemeinde Fort, das jedoch vielmehr der Nachlässigkeit einiger Jäger, als dem mit elementarer Gewalt herandringenden Winter zuzuschreiben ist. Gelegenheitlich der Feiertage haben einige Beamte von Grahwarden in obgenannter Gemeinde eine Treibjagd veranstaltet. Sie nahmen aus diesem Grunde auch zehn Treiber mit sich, die sie an den verschiedensten Stellen des abzutreibenden Waldes aufgestellt haben. Als die Jagd begann brach ein furchtbarer Sturm mit Schneegestöber im Walde aus, so daß sich die Jäger in das nächste Wäldchen flüchteten. Hier nahmen sie eine tüchtige Portion Alkohol zu sich, und vergaßen dabei, die Treiber von der Unterbrechung der Jagd zu verständigen.

Die Treiber hielten jedoch pflichtgemäß an ihren Posten aus. Des Abends, als die Jäger nach Hause gingen, schossen sie noch blindlings in den Wald hinein, was den Treibern noch mehr Schrecken einjagte. Die Verlassenen konnten jetzt schon garnicht ihren Unterschlupf verlassen. Am nächsten Tag, als sich die Jäger wieder in den Wald begaben, fanden sie zwei der Treiber auf ihren Posten erfroren und zugeschnitten auf, von den anderen acht; fehlt jedoch bisher jede Spur.

Die Sprenghölzer als Griffschalter. In Tschaggaun in Borarberg wollte ein Schulknabe eine Sprenghölzer als Griffschalter verwenden. Als er damit zu schreiben begann, explodierte die Kapfel und dem Puben wurde die linke Hand zerrissen.

Jugendschützenloß. Bei Mailand kam es zu einem Jugendschützenloß. Unter den Teilnehmenden, die unverletzt blieben, befand sich der tschechische Biologvirtuose Johann Kubelik mit seiner Familie.

Eine ausgehobene Spielhölzer in Prag. In der Nacht auf Montag wurden im Gasthause des Karl Seidler in Prag Weinberge circa 20 Personen beim Hasardspiel „Meine Tante, deine Tante“ und „Gottes Segen bei Kohn“ von Detektiven überrascht und sichergestellt. Da das Spielzimmer verdeckt hinter der Küche lag, mußten die Detektive durch das Gastzimmer eindringen. Hierbei wollte ihnen der Wirt den Zutritt verwehren. Die Spieler waren über das Erscheinen der Detektive sehr erschreckt und suchten sich zu verstecken. Ein Spieler konnte erst nach einer Stunde unter einem Bette hervorgezogen werden. Gegen den Wirt und die Spieler wurde das Strafverfahren eingeleitet.

Gasexplosion im Rollner Gymnasium. Als der Schulleiter des Gymnasiums in Rolln vor einigen Tagen früh das Schulgebäude besichtigte, bemerkte er, daß in einem Kiolett das Gas nicht brenne, das er angezündet hatte, um das Einfrieren der Wasserleitungsröhren zu verhindern. Er zündete ein Streichholz an; in diesem Augenblick explodierte das angesammelte Gas und warf ihn zu Boden. Er erlitt Brandwunden am ganzen Körper. Die Türe wurde zertrümmert und überdies wurden 33 Fensterhebeln eingedrückt.

Ueberfall auf eine Postmeisterin. Auf dem Postamt in Klein-Prosenitz bei Berron wurde am Mittwoch ein frecher Raub verübt. Die Postmeisterin Hoffmann sortierte gerade das Geld, das sie sich nach der Tagesexpedition für die Auszahlung von Postanweisungen und Schecks bereit gelegt hatte. Plötzlich trat ins Amt ein unbekannter junger Mann und verlangte ein Telegrammformular. Als sich die Postmeisterin umdrehte, merkte sie, daß der Unbekannte auf sie mit einem Revolver zielte. Während die Frau vor Schreck ganz erstarrt war, raffte der Räuber 400 K zusammen, sprang aus dem Postgebäude, rannte auf die Straße und verschwand im Weidendickicht des Flusses Vedwa. Der Raub ist um so frecher, als das Postamt Klein-Prosenitz im beschießenen Teil der Gemeinde, gegenüber der landwirtschaftlichen Zuckerrabrik, liegt.

Vom Postwagen überfahren. Als dieser Tage der Postwagen in Leichstadt vom Bahnhof nach Abfertigung des Nachmittagszuges gegen die Kirche fuhr, fiel dem Postkutscher Josef Seiboth die Anledele herab. Er wollte sie zu sich heraufziehen, fiel aber, da die Pferde schon geworden waren, auf die Deichsel und dann unter den Schlitten. Seiboth wurde eine große Strecke weit mitgeschleift und starb binnen kurzer Zeit an den erlittenen Verletzungen.

Wetterbericht vom 21. Jänner. Sonntag herrschte halb heiteres, im Ganzen ruhiges Wetter vor. Die Temperatur stieg in Prag auf plus 6 Grad Celsius. Gegen Mitteleuropa rückt vom Westen her ein Keil höheren Druckes vor. Das neue Tiefdruckgebiet, das ihm folgt, wird später neuerdings Verschlechterung bringen. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Veränderlich, Temperatur wenig verändert, allmählich aufsteigende Westwinde.

Gerichtssaal.

Der Prozeß der Schwestern Teige.

Eine 13köpfige Gesellschaft zur Beschaffung falscher Zeugenaussagen.

Prag, 21. Jänner. Vor dem Straffenat des O. U. M. Kiegel begann heute ein Sensationsprozeß gegen 13 Personen, die wegen mehrmaliger falscher Zeugenaussagen angeklagt sind. Es handelt sich um eine ganze Gesellschaft, deren Leiter die falschen Zeugenaussagen vorher konstruierten und dann die Mitglieder der Gesellschaft diese vor Gericht auslagten und beschwören ließen. Hauptangeklagte sind die drei Schwestern Ludmilla, Marie und Pauline Teige, die Eigentümerinnen von acht Häusern in Prag sind und in Prag II. wohnen. Diese drei Frauen, deren eine die Lehrerinnenbildungsanstalt mit Erfolg absolviert hat, sind Besitzerinnen eines Vermögens von vier Millionen K, das sie von ihrer Mutter geerbt haben. Mitangeklagt sind die weiteren zehn Personen: der 27jährige Ladislav Herodet, die 42jährige Literaturlehrerin Jaroslava Vanura, die 40jährige Private Anna Planek, die 33jährige Kabarettfängerin Marie Saska, der 24jährige Arbeiter Franz Seidl, der 33jährige Russe Boris Berlowicz, der 23jährige Direktor des Universumfilms Wenzel Tudek, die 33jährige Arbeiterfrau Cecilie Smolik, die 25jährige Offiziälgattin Jasefa Koval und die 33jährige Anna Keschanska. Alle wohnhaft in Prag.

Der Plan, eine Gesellschaft zur Ausarbeitung und Beschaffung von falschen Zeugenaussagen zu gründen, stammt von Ludmilla Teige, die sich anlässlich des Erbschaftsprozesses, den sie im

Jahre 1919 nach dem Tode ihrer Mutter mit ihrem Bruder, dem Ingenieur Prokop Teige führte, benachteiligt fühlte, und zuerst ihrer beiden Schwestern für ihre Pläne gewann. Später warb sie noch die Bedienten ihrer Schwester sowie die Mieter ihrer Häuser. Eine der Hauptrollen in dieser Gesellschaft spielte der Miangelagte Ladislav Herodet, der als Sekretär der Gesellschaft anzusehen ist. Ludmilla Teige veranstaltete über Anraten dieses Herodet, der von der Freundschaft der Schwestern Teige lebt, direkte Generalproben mit den Zeugen in ihrer Wohnung. Am Abend vor der jeweiligen Gerichtsverhandlung kam die Gesellschaft zusammen. Ludmilla Teige gab den einzelnen Personen schmer zu beantwortende Fragen und studierte die ganze, am nächsten Tag vor Gericht vorzuführende Komödie durch. Wenn die Gesellschaft auseinanderging, so wachte ein jedes Mitglied, welche Antworten es zu geben habe und welche Fragen es gegebenenfalls überhaupt nicht beantworten sollte. Die auf diese Weise schon bei der Generalprobe erzielte Uebereinstimmung in den Zeugenaussagen bewährte sich am nächsten Tage bei der Gerichtsverhandlung fast ausnahmslos einwandfrei und die so präparierten Zeugen waren dann in dem angeblühenden Unkenntnis der Aussagen der übrigen Zeugen ihre eigenen Aussagen zu beschwören.

Die Anklage, die die genannten Personen des Verbrechens des Meineides und der falschen Zeugenaussagen, Ludmilla Teige außerdem des Verbrechens der Verleumdung trifft, zählt eine Unmenge von Fällen auf, in denen die Gesellschaft Teige eingriff und mit Hilfe von falschen Zeugenaussagen das Gerichtsurteil korrigierte. Die Gesellschaft konnte jahrelang ihr Unwesen treiben, da sie aufs beste organisiert war. Erst bei einem Ehrenbeleidigungsprozeß, den Ludmilla Teige gegen den Prager Anwalt Dr. Beda angestrengt hatte, wurde der ganze Schwindel aufgedeckt. Ludmilla Teige warf Dr. Beda vor, daß er ihr nach einer Verhandlung, bei welcher er die Gegenpartei vertrat, „Diebin“ zugerufen habe. Obwohl nun Dr. Beda diesen Ausspruch entschieden abstreift, bestätigten ihn Paula Teige und Josefa Koval unter Eid. Dr. Beda, der Verdacht schloß, ging der Sache nach und bewirkte, daß sich Josefa Koval am 18. Jänner 1921 dem Gerichte wegen Meineides selbst stellte.

Die Gesellschaft setzte, da niemand ihre gute und weitverbreitete Organisation kannte, ihre Tätigkeit trotzdem fort. Ludmilla Teige reichte am 7. Oktober 1921 ein Ründigungsbegehren gegen Gottlieb Svehla und Wenzel Fritsch, die in einem ihrer Häuser wohnten, ein. Mit Hilfe ihrer Zeugen führte sie vor Gericht den Beweis, daß die beiden die Wohnung nur auf bestimmte Zeit gemietet und sich verpflichtet hätten, im August 1921 auszuscheiden. Dem Ründigungsbegehren wurde damals stattgegeben.

Weiter haben Ludmilla Teige und ihre Schwestern am 19. November 1921 in Jicin eine Anzeige gegen ihren Bruder erstattet, in der sie ihn beschuldigte, daß er bei dem Erbschaftsprozesse im Jahre 1919 falsch geschworen habe. Diesen Prozeß, den die Schwestern auf Herausgabe des Testaments ihrer Mutter geführt hatten, hatten sie nämlich verloren und wollten sich auf diese Weise rächen. Das Verfahren mußte jedoch trotz verschiedener „Zeugenaussagen“ eingestellt werden. Die Schwestern Teige beschuldigten ferner ihren Bruder, daß er die schwermütige Mutter kurz vor dem Tode verprügelt habe, was sie leichtfalls durch Zeugen bestätigten. In dieser Angelegenheit schwebt noch ein Ehrenbeleidigungsprozeß, den Ingenieur Teige gegen seine Schwestern angestrengt hat.

Aus der ungeheueren Fülle des in der Anklageschrift enthaltenen Materials wollen wir nur einige Fälle namentlich anführen: So klagte Georg Winterstein in Ludmilla Teige, weil sie ihn in Gesellschaft lächerlich gemacht hatte, da sie ihn ihrer Freundin abspeistig machen wollte. Ludmilla Teige führte nun Zeugen, die es beschworen, daß sie am kritischen Tage zu Hause gewesen sei und daher Winterstein in der Solofgasse gar nicht beleidigen habe können.

Einen der Hausmeister ihrer Häuser, Franz Petranek, verstand Ludmilla Teige durch eine gerichtliche Ründigung loszuwerden, indem Mitglieder ihrer Gesellschaft bestätigten, daß Petranek die Wohnung nur auf eine bestimmte Zeit gemietet hatte. Gleichfalls erfolgreich waren die Schwestern Teige in dem Prozeß gegen Wladimir Wolf, der eine Wohnung unter der Bedingung gemietet hatte, daß er sich elektrisches Licht auf eigene Kosten werde einführen lassen dürfen. Als dann Ludmilla Teige die Einführung des Lichtes verweigerte, wandte sich Wolf ans Bezirksgericht und klagte die Teige außerdem beim Wuchergericht, weil sie sich ein Abtrittsgeid von 20.000 K hatte zahlen lassen. Als es dann zur Verhandlung kam, stellte die Sache nach den „Zeugenaussagen“ folgendermaßen dar: Die Wohnung war gar nicht von Wolf, sondern von einem gewissen Milan Stverak gemietet worden, der der Teige 20.000 K übergeben hatte mit der Bitte, das Geld für Wolf aufzuheben. Ludmilla Teige gab auch bei der Gerichtsverhandlung dem Wolf das Geld zurück. Das Wucherverfahren mußte eingestellt werden; den Prozeß wegen Einführung des Lichtes verlor Wolf gleichfalls.

Am rücksichtslosesten ist die Gesellschaft Teige wohl gegen Dr. Schrovv und seine Schwester Dvofak vorgegangen, die sie auf Räumung der Wohnung klagte. Vor Gericht bewies Ludmilla Teige mit Hilfe ihrer Zeugen, daß Marie Dvofak die Wohnung in Gegenwart mehrerer Personen für ihren Bruder gekündigt habe. Die Beklagten, die ganz verwundert hören mußten, daß sie gekündigt hatten, obwohl sie mit der Teige überhaupt niemals verhandelt hatten, verloren den Prozeß.

Vor Beginn der heutigen Verhandlung verfaßte Ludmilla Teige ein Testament, um, wie sie erklärte, für alle Fälle gerüstet zu sein; ein eventuell schweres Urteil könnte sie nicht ertragen.

Die Verlesung der Anklageschrift, die vom Staatsanwalt Dr. Maradek ausgearbeitet ist, dauerte fast eine Stunde. Die Verhandlung findet unter großer Beteiligung des Publikums im Schwurgerichtssaal statt. Ueber die Etablierung der drei Schwestern, auf die sich als Hauptangeklagte das größte Interesse konzentriert, werden wir morgen berichten. Der Prozeß wird bis Samstag dauern.

Ein feiner Stadtvertreter.

Troppau, 21. Jänner. Am 14. Dezember v. J. tagte im Beratungssaale der Stadt Troppau eine Stadtvertreterversammlung, in der u. a. unsere Fraktion zu dem bekannten Waisenhausstandal Stellung nahm. Während des Referates der Genossin Vernt machte der deutschnationale Stadtvertreter und Völkmeister Schramel den Zwischenruf: „Das ist ja nicht wahr, was Sie da reden“, worauf Genosse Fiedler erwiderte: „Der Herr Schramel hat ein schwaches Gedächtnis und alles schon vergessen“. Darüber erobert, rief Schramel zu Fiedler: „Ich bin doch kein solcher Dönnelicht gewesen, wie Sie einer waren.“

Dieser Zwischenruf wurde während der erregten Debatte von unseren Genossen überhört und Genosse Fiedler erlangte erst durch den Bericht in der „Volkspresse“ Kenntnis davon. In der letzten Stadtvertreterversammlung stellte die Genossin Foll an den Bürgermeister Franz die Anfrage, warum er nicht Herrn Schramel zur Ordnung gerufen habe. Der Bürgermeister erklärte, diesen Zwischenruf in der stürmischen Debatte nicht gehört zu haben, meinte aber, „wir sind doch Männer und können die Sache unter uns austragen. Wer den Zwischenruf gemacht habe, soll sich melden.“ Herr Schramel war darüber wohl sehr verblüfft, rührte sich aber nicht. Darauf meldete sich Genosse Fiedler zu Worte und erklärte: „Wenn der betreffende Herr nicht den Mut aufbringt, für seine beleidigenden Worte einzustehen, werden wir die Sache anderswo austragen. Und übrigens ist es für mich ehrenvoller, wenn sich ein Schichtknecht bis zum Stadtvertreter emporgearbeitet hat, als ein Völkmeister, der sich fast sein ganzes Leben lang von Lehrlingen aushalten läßt.“ (Schramel läßt — wie in Troppau bekannt ist — nur Lehrlinge für sich arbeiten.)

Genosse Fiedler klagte nun Herrn Schramel wegen Ehrenbeleidigung. Samstag fand die Verhandlung statt. Der Angeklagte zog es vor, dieser fernzubleiben und beantragte durch seinen Rechtsvertreter zwei Tage vor der Verhandlung die Vertagung derselben zur Einnahme von Zeugen, die den Zwischenruf nicht gehört hätten. Das Gericht gab diesem Antrage statt, nachdem es die Zeugen des Genossen Fiedler, die den Zwischenruf hörten, einvernommen hatte.

Herr Schramel glaubt wohl, durch seine Zeugen, die nichts gehört haben, die Ehrenbeleidigung aus der Welt zu schaffen. Ob ihm dies gelingen wird, ist eine andere Frage. Der Fall beweist jedenfalls, mit was für „Ehrenmännern“ sich unsere Genossen in den Körperschaften herumzuschlagen müssen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Das parlamentarische Einleger-Einlegergesetz.

Wir haben bereits ausführlich über den Referatentwurf berichtet, der vom Finanzministerium im Sommer 1923 über das von der Regierung wiederholt angekündigte Gesetz zum Schutze der Einlagen und Depots ausgearbeitet wurde. Die Herausgabe eines Gesetzes, welche die Rechtsverhältnisse der Banken, vor allem aber deren Kontrolle regeln sollte, erschien ganz besonders nach dem Zusammenbruche der Märkisch-schlesischen, Boden- und Bohemianbank notwendig. Es ist bekannt, daß den Einlegern dieser drei Bankinstitute durch verschiedene „Liquidierungsmassnahmen“ vielleicht ein bescheidener Teil ihrer Einlagen rückerstattet werden wird. Der ungedeckte Schaden beträgt aber trotzdem viele Hunderte Millionen.

Das erwähnte Gesetz nun sollte die aufgeregten Einlegerkreise beruhigen. Seine Tendenz war, ähnlichen Krisenercheinungen in den tschechischen Geldinstituten vorzubeugen. Mit dem Entwurfe beschäftigte sich der Finanzausschuß des Wirtschaftsbeirates, dessen Beratungen vor einigen Tagen beendet wurden. Dieser setzte ein Subkomitee ein, das mit den Experten des Bankverbandes in direkte Verhandlungen trat, auf deren Grundlage der ursprüngliche Entwurf des Finanzministeriums „reformiert“ wurde, so daß der Finanzausschuß der Regierung ein fertiges Elaborat vorgelegt hat, welches nunmehr im Wege über den Ministerrat als Regierungsentwurf im Paramente eingebracht werden soll.

In unserer sernerzeitigen Besprechung haben wir bereits auf die Schattenseiten des Referatentwurfes aufmerksam gemacht, wobei wir besonders betonten, daß in grundsätzlicher Richtung dieser Entwurf und sehr wenig befriedigend konnte, weil er tatsächlich nur einige Vorschläge über den „indirekten“ Schutz der Einleger enthielt (dem direkten Schutz, der vielleicht die Brücke zu einer Sozialisierung der Banken hätte bedeuten können, ist das Finanzministerium bewußt ausgewichen). Auf diesen Umstand haben übrigens auch einige Vertreter der bürgerlichen Gruppen im Finanzausschuß aufmerksam gemacht. Anstatt aber diesen berechtigten Einwendungen Folge zu leisten und ein Gesetz zu schaffen, welches womöglich alle Schutzbestimmungen erfaßt und dem Staate einen erhöhten Einfluß auf die Banken eingeräumt hätte, wurde der umgekehrte Weg beschritten:

Der Finanzausschuss empfiehlt kein einheitliches „Bankgesetz“, sondern der Entwurf wurde in seine einzelnen Hauptstücke geteilt, so daß die Regierung dem Parlament mehrere Gesetzesentwürfe vorlegen wird, welche die bisherigen gesetzlichen Vorschriften durch einige neue Schutzbestimmungen erweitern sollen.

Schon dieser Umstand beweist, daß die Erwartungen, mit denen die Öffentlichkeit dem neuen Gesetz entgegen sah, keineswegs erfüllt werden. Durch die beiden ersten Abschnitte über den Schutz der Bankdepots und Bucheinlagen sollten nach dem ursprünglichen Entwurf die Depots- und Einlagebuchhalter geschützt werden. Der neue Entwurf des Wirtschaftsausschusses beläßt zwar diese Grundgedanken in Geltung, den Banken wurden jedoch starke Konfessionen gemacht. In noch viel höherem Maße ist dies in zwei weiteren Abschnitten (Bestimmungen über Aktienbanken und deren Kontrolle) der Fall. Die neuen Bestimmungen über Warengeschäfte der Banken müssen als unbefriedigend bezeichnet werden. Der Kauf und Lombard eigener Aktien bleibt den Banken auch weiterhin gestattet. Die Bestimmungen über die Verantwortlichkeit des Verwaltungsrates und Aufsichtsrates bedeuten vielleicht einen gewissen Fortschritt, aber die innere und äußere Kontrolle der Banken ist nur in unbefriedigender Weise gelöst worden. Ursprünglich sollte die interne Kontrolle von mindestens zwei dem Beamtenstande entnommenen Angestellten durchgeführt werden, die ohne Einverständnis des Aufsichtsrates nicht abberufen werden konnten. Nunmehr wird die Ernennung und Abberufung der Kontrollbeamten vom Vorstande (Verwaltungsrat) der Bank nach „Anhörung“ des Aufsichtsrates vollzogen, wobei überdies verfügt wird, daß die Berichte des Kontrollbüros an die Revisoren (Aufsichtsrat) nur durch Vermittlung der leitenden Direktoren erstattet werden können. Die äußere staatliche Kontrolle der Banken war ursprünglich folgendermaßen gedacht: alle Banken, welche Einlagebücher herauszugeben berechtigt sind, bilden eine Zwangsgenossenschaft, die eine vollkommene selbständige Revisionsabteilung gebildet hätte. Das Recht, den Vorstand dieser Revisionsabteilung zu ernennen, war dem Präsidenten der Republik vorbehalten. Nach dem neuen Entwurf bleibt zwar der Grundsatz aufrecht, daß die Banken zu einer Zwangsgenossenschaft zusammengefaßt werden, deren Revisionsabteilung aber sehr viel von ihrer Selbständigkeit und daher auch Unabhängigkeit einbüßt.

Es ist nach dem Stande der Dinge kaum anzunehmen, daß der Ministerrat einschneidende Veränderungen vornehmen wird. Dem Parlament werden daher ein paar Gesetzesentwürfe vorgelegt werden, welche, anstatt die Macht der Banken einzudämmen, in Wirklichkeit die Position des Finanzkapitals und dessen Einfluß auf den Staat nur noch weiter befestigen werden. Und da überdies für die parlamentarische Beschlussfassung die „reibungslose“ Politikmaschinerie — diesmal unter dem wohlwollenden Schutze der Deutschbürgerlichen — mobil gemacht werden dürfte, werden wir also in ein paar Wochen zwar um einige Gesetze mehr besitzen, die Interessen der Einleger werden aber nur sehr mangelhaft geschützt sein.

Die klugen Agrarier. Das handelspolitische Komitee der ständigen Delegation der Landwirtschaftsräte (also deutsche und tschechische Agrarier) hat am 18. Jänner in Prag eine Sitzung abgehalten, worin Stellung zum handelspolitischen Bewilligungsverfahren genommen wurde. Die deutschen und tschechischen Agrarier erklären da, daß eine verlässliche Grundlage für die gedeihliche Entwicklung unserer Volkswirtschaft, der Industrie, sowohl wie der Landwirtschaft nur in Schutzzöllen zu suchen sei und daß, wenn die Schutzzölle einmal eingeführt sind, die Agrarier gegen die Abschaffung des Bewilligungsverfahrens nichts einzuwenden haben werden. — Natürlich! Wenn ein hoher Zoll auf Weizen vorhanden sein wird, dann ist das Bewilligungsverfahren nicht notwendig, denn der Zoll würde die Einfuhr von Weizen ohnehin genug erschweren. Solange aber die Schutzzölle nicht vorhanden sind, sind die Agrarier für die Beibehaltung des Bewilligungsverfahrens — nämlich bei der Einfuhr. Bei der Ausfuhr hingegen — ja, Bauer, das ist etwas anderes! Denn die Ausfuhr von Getreide schränkt das Angebot im Inland ein und steigert dadurch die Preise. Bei der Ausfuhr wollen also die Agrarier das Bewilligungsverfahren vollständig beseitigen. Freie Ausfuhr von Getreide, dagegen Drofflung der Einfuhr, damit die Preise recht hoch hinaufklettern, das ist das ideale Ziel. Denn die Agrarier nachstreben.

Herabsetzung der Preise von Kohle und Eisen im Ruhrgebiet. Aus dem Ruhrgebiet wird eine Herabsetzung der Engrospreise gemeldet. So beschloß der Bergwerksverein in Essen, den Verkaufspreis einer Tonne Koks um fünf Goldmark herabzusetzen. Auch Gußeisen ist um 10 Prozent gesunken.

Durchlöcherung des Achtstundentages in Mitteldeutschland. Ueber die Arbeitszeit und den Lohn in der mitteldeutschen Metallindustrie wurde ein Schiedsspruch gefällt, der von den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer angenommen wurde, aber noch den beiderseitigen Verbänden zur Annahme vorgelegt werden muß. Die regelmäßige Arbeitszeit kann danach auf 54 Stunden in der Woche festgelegt werden. Das Abkommen gilt bis zum 30. Juni.

Ein Mauerstreik in Rom. Der von der Arbeiterkammer geleitete Mauerstreik ist nach 10tägiger Dauer ergebnislos abgebrochen worden.

Devienenturle.

Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 Kr.	Dollar 2,90750
Nürnberg 100	Schweiz. Frank 16,90700	
Berlin 1	Mark 123,400,000,000700	
Wien 1	öterr. Kronen 2,005700	

Prager Kurze am 21. Jänner.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1207,00	1303,00
1 Billion Mark	8,20700	8,40700
100 belg. Franken	140,75700	142,25700
100 schwed. Kronen	603,25	603,25
1 Pfund Sterling	146,30700	147,70700
100 Lire	151,75700	153,25700
1 Dollar	34,87700	35,10700
100 franz. Franken	151,25700	152,75700
100 Dinar	39,87700	40,37700
100,000 mag. Kronen	1,235700	1,285700
1,000,000 öst. Mark	3,47700	4,27700
10,000 österr. Kronen	4,77700	4,97700

Kunst und Wissen.

Jiří Wolker - Matinée. (Weinberger Stadtheater.) Eine seltene Ehre wurde am Sonntag vormittags für den kürzlich verstorbenen vierundzwanzigjährigen sozialistischen Dichter Jiří Wolker von den Solisten des Weinberger Theaters veranstaltet. Der größte tschechische Kritiker und Essayist Prof. Dr. F. X. Salda hielt einen Vortrag, in welchem er das plötzlich aufgestoßene und jäh verlorene Genie Wolkers würdigte, ihn mit Walt Whitman und anderen verglich und als einen gottbegnadeten, echten sozialen Poeten darstellte. Ein dem Wolker gewidmetes Poem Josef Hora's sowie zahlreiche Gedichte Wolker's regierten Roman Lama und Leopolda Dostalova. Die wohlklingenden Verse Wolker's wurden in dem Munde Lamas zu lebendigen Geschehnissen und insbesondere „Die Vallade von den Augen des Peizers“ erquickte die Zuhörer bis in das Innerste der Seele. Frau Dostalova brachte in ihrer zarten Regitation die Demut, Intimität und das kindliche Hoffen und Glauben Wolkers zum Ausdruck. Der Einakter „Remonice“ (Krankenhaus), welcher nur als dramatischer Versuch betrachtet werden kann, zeigte, daß mit Wolker der tschechische Literatur auch ein dramatisches Talent, welches eine Ähnlichkeit mit dem Ernst Toller's gehabt hätte und sich noch mehr als in seinen Einaktern in seinen sozialen Balladen äußerte, verloren ging. Dieses Weihnachtsstück, in welchem ein Tuberkulose, ein Syphilitiker und ein von den Polizisten verwundeter Mörder spielen, machte trotz seiner dramatischen Mängel auf das Publikum einen tiefen Eindruck. Das Matinée, welches bei ausverkauftem Hause stattfand, war ein erfreuliches Zeichen, daß die Jugend nicht mehr bei früher vergeblich um Anerkennung kämpfen muß und ohne Beachtung übergegangen wird, sondern sich infolge ihrer positiven Leistungen die ihr in der Literatur gebührende Position rasch erringt. Diese Anerkennung verdient unbedingt und in erster Reihe der verstorbene bedeutendste Dichter der Alljüngsten Jiří Wolker. r. l.

„Maria Magdalena.“ Friedrich Hebbels Tragödie vom Zusammenbruch der kleinbürgerlichen Welt und Moral ist mehr Programm und Proklamtion als absolute künstlerische Gestaltung. Der darstellerischen Formungskunst bleibt hier ein weites Feld, Lust und Fähigkeit zu individueller Tönung spielen zu lassen, den Canvas eines fähigen dramaturgischen Wurfs mit persönlichem Leben auszufüllen. Darum kann eine Aufführung des Dramas heute nur Anzeichen großer Schauspielkunst sein. Die Reinspielerführung an der Kleinen Bühne (unter Roman Reinhardt's Leitung) ist saubere Arbeit; aber nur selten glimmt der ersichtete Funke darstellerischer Begeisterung auf: in Sonja Rainers Klara, gelegentlich auch in Josef Kenners Leonhard, in Otto Pretoris Karl. Im übrigen: braver Durchschnitt. Damit Hebbels nicht gedient ist. Nebenbei: Wäre es nicht lohnend, für wirksame Hilfe der dramatischen Bewegung, wie jenes Lied in die Weite, das Karl im letzten Akt zu singen hat, eine stimmungsgemäße Melodie zu schaffen und sich in diesem Punkte nicht ganz auf die (in der Regel vergebende) musikalische Erfindungskraft des Darstellers zu verlassen?

„Don Juan.“ Daß die Prager „ihren Don Juan“ zu schätzen wissen, bewies der zahlreiche Besuch der letzten Aufführung. Frau Jicha-Göbel sang die Donna Anna als Gast, Sterned aus München den Leporello. Beider Leistungen in diesen Rollen sind von früher her genug bekannt. Doch haben wir Sterned schon in besserer stimmlicher und darstellerischer Verfassung gehört und gesehen. Herr Schwarz, abgesehen von einer schweren Indisposition, die ihn an der vollen Entfaltung seines gesanglichen Können hinderte, bereitete auch in der schauspielerischen Auffassung eine unerwartete Enttäuschung. Schon das Abweichen Schwarz' von der traditionellen Maske gab seinem Don Juan ein fremdes Gesicht. Schwarz' Don Juan ist vor allem zu ehrlich und offen und entweder sentimental im Ehrlichen oder allzu starrer im Dramatischen. Von der zynischen Leichtlebigkeit, überschäumenden Lebensfreude, draufgängerischen Art und verführerischen Eleganz dieses Muster-Lebemanns ist Herr Schwarz' Darstellung weit entfernt. Ganz ausgezeichnet, echten Mozartstil offenbarend und gesanglich ebenso musterhaftig wie in der Darstellung war die neue „Berline“ Frau de Car mod. Auch die treffliche Leistung Herrn Hagens als Masetto darf nicht unbelobt bleiben. Da auch die übrigen Rollen in guten Händen waren, gab es eine eindrucksvolle Aufführung, als deren musikalischer Leiter Bemlinskij, der diesmal gemäßigtere Tempi bevorzugte, rühmend zu nennen ist. —ek.

Weihnachts - Mysterienspiel in der deutschen evangelischen Kirche. Der große Erfolg des im Vorjahre aufgeführten Mysterienspiels vom Totentanz hat den Veranstalter auch zu diesem verspäteten

den Weihnachtsspiele den Mut gegeben, das die Ergebnisse des Weihnachtsfestes von der Verkündigung Marias bis zur Geburt Christi und seiner Anebenung durch die Hirten und heiligen drei Könige zum Inhalte hat. Frau Prof. Weidlsackel hat es nach dem von A. J. Schröder herausgegebenen „Christgeburtspiel“ entsprechend bearbeitet, während Dr. Theodor Weidl den stimmungsvollen musikalischen Rahmen dazu lieferte. Mehrere für den Anlaß eigens komponierte Lieder, Chöre, Vor- und Zwischenspiele sowie zahlreiche zweckentsprechende Tonstücke bekannter Tonmeister (Bach, Václav, Brahms, Reger) bilden den reichen illustrativen, wenn auch nicht immer stilschicklichen musikalischen Schmuck des Mysterienspiels. Um die Darstellung des Werkes machten sich die Hörer und Hörerinnen des Rhetorikfaches der Prager deutschen Universität verdient, die sich auch teilweise an der gesanglichen Ausführung beteiligten. Besonders anerkennenswerte Leistungen boten Frä. Brejcha (Maria) und Herr Jombat (Josef). Die gesanglichen Hauptaufgaben lagen in den Händen unserer ausgezeichneten heimischen Altistin Frau Professor Promise-Schünemann. An der Orgel sah Dr. Weidl, der seines Amtes nach besten Kräften waltete. —ek.

„Der Fürst von Pappenheim“, Operette von Arnold und Bach, Musik von Hugo Hirsch. (Erstaufführung.) Unter den modernen, von Schimmly und Hoytrott beherrschten Tanzoperetten ist Hirsch's „Fürst von Pappenheim“ eine der bestgelegenen und effektivsten. Diese Stimmungsoperette im frohlichen Sinne, die sich ohne das traditionelle sentimentale Liebespaar der Wiener Operette behilft, besitzt nicht nur eine halbwegs glaubwürdige und ergötliche Handlung, die aus dem Geschäftsbereich des Fürsten der Firma Pappenheim einen Fürsten und aus der wirklichen fürstlichen Prinzessin eine Kellnerin-Mannequin dieser Firma macht und eine ganze Reihe guter Operettenfiguren auf die Bühne stellt, sondern ist auch musikalisch gut fundiert und hat keinen Mangel an melodischen Einfällen, die stellenweise zu richtigen Schlagern geraten sind. Zwei besondere Attraktionen sichern der Operette den Zulauf des Publikums: Der erste Akt bietet Gelegenheit zu einer Modenschau à la Poiret, die sich auch in unserer Stadt eine reißerische Modeschau nicht entgehen ließ, und zu Beginn des dritten Aktes kommt das Publikum zu einer richtigen „Höhle“, indem es den Hauptkämpfer der Operette, dessen Text auf den Bühnenvorhang projiziert wird, mitzusingen genötigt wird. Der besondere, fast stürmische Erfolg der Operette ist übrigens zum größten Teile ihrer brillanten Aufführung zu danken, die alle Mitwirkenden ohne Ausnahme mit wirklicher Passion an Werke sah. Zu nennen sind: Die ebenso schöne wie temperamentvolle Frau Siklisch, das feste Frä. Ferry, die köstlichen Humores vollen Frau Longauer, der unermüdlige Späzmacher und Tanzkünstler Gabel, sowie die Herren Kober, Stadler, Radsejka, Bauer und Firmbach, die alle ihre Rollen restlos ausschöpften. Musikalischer Leiter der Operette war Kapellmeister Waigand, der für den richtigen Schwung und Rhythmus sorgte; die Spielleitung hatte Herr Stadler. Die prächtige Inszenierung des Werkes und die ausgezeichneten Tanzarrangements des Berliner Balletmeisters Arno trugen zum Erfolge ebenfalls bei. —ek.

Alexander Wolff gastiert kommenden Samstag in Grillparzer's „Jüdin von Toledo“; am Sonntag in der Kleinen Bühne in Schillers „Paracelsus“ und Toftois „Er ist an allem schuld“; am Montag spielt er im Neuen Theater den „Hamlet“. Kartverkauf für die Vorstellungen ab heute.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Dienstag „Boccaccio“; morgen Mittwoch „Rigoletto“; Donnerstag und Sonntag „Der Fürst von Pappenheim“; Freitag „Madi“; Samstag Gastspiel Wolff „Die Jüdin von Toledo“; Sonntag halb 3 Uhr „Carmen“; Montag Gastspiel Wolff „Hamlet“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Dienstag und Donnerstag „Der Mustergatte“; morgen Mittwoch „Maria Magdalena“; Freitag abends und Sonntag halb 3 Uhr „Die deutschen Kleinstädter“; Samstag „Die kleine Sündlerin“; Sonntag halb 8 Uhr Gastspiel Wolff „Paracelsus“ und „Er ist an allem schuld“.

Aus der Partei.

Kreis-Konferenz Aulzig. Sonntag, den 17. Jänner 1. J. um 8 Uhr vormittags im Volkshaus (Kleiner Saal) in Aulzig ordentliche Kreis-Konferenz. Tagesordnung: Berichte, Neuwahl des Kreisvertrauensmannes, der Kreisvertreter, des Kreisbildungsausschusses und der Kreiskontrolle, Presse, Die politische Lage und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Anträge und Anfragen.

Kreis-Konferenz Barnsdorf. Sonntag, den 17. Jänner, halb 9 Uhr vormittags, in Rumburg (Schützenhaus) Kreis-Konferenz. Tagesordnung: Berichte, Klassenkampf und Massenschulung (Referent Gen. Dr. Stern), Neuwahl der Kreisvertretung und Allgemeine Parteianglegenheiten.

Turnen und Sport.

Österreich gegen Italien 4:0.

Venue, 20. Jänner. Heute nachmittags ist hier im Beisein einer ungeheuren Menschenmenge — 20.000 Zuschauer — das Fußballwettspiel Österreich — Italien ausgetragen worden. Die österreichische Mannschaft zeigte vollkommene Überlegenheit. Sie gewann das Match mit 4:0. Die Aufstellung der Dösterreichler, die durchwegs junge Spieler umfaßte, hat sich, wie in Nürnberg

gegen Deutschland, glänzend bewährt. Der österreichische Tormann wurde in der zwölften Minute der zweiten Halbzeit verletzt und mußte ersetzt werden. Bei Italien waren der Tormann und die äußere Reihe schwach.

Sonntagsfußball. Stuttgart. Kickers gegen FC. Freiburg 1:3. — Karlsruhe. Karlsruher FC. gegen Frankonia 3:1. — Nürnberg. Nürnberg gegen Halle 96 4:0. — München. Wacker-München gegen SV. Fürth beim Stande 2:1 für Wacker nach 45 Minuten Spielzeit wegen unspielbaren Bodens abgebrochen. — Dresden. Brandenburg gegen Guts Muths 5:3. — Chemnitz. Chemnitzer Fußballklub gegen Witweida 96 6:2. National gegen Teutonia 2:0. — Barcelona. Lona FC. Barcelona gegen ACD. Espanyol 1:0 (1:0). — Bilbao. Athletic Club Bilbao gegen Araras 1:0 (0:0). — Wien. Floridsdorf schlägt Ostmark 2:1 (1:0). Wacker gegen Rudolfsbüchel beim Stande 1:0 (0:0) für Wacker abgebrochen. Das Treffen wurde durch einen Elfmeter entschieden. Später arkte das Spiel aus und wurde in der 77. Minute abgebrochen. Phönizia gegen Vorwärts 96 5:1 (3:0).

Die Daboser Eisfeste spielten sich vor über 2000 Zuschauern ab. Die Europameisterschaft im Kunstlauf für 1924 gewinnt Weltmeister F. Kachler (Wien), das internationale Schnelllaufen Weltmeister Clas Thunberg (Finnland).

Länderspringen. Auf der Selstrangchanze in Rosters in der Schweiz wurde am Sonntag das große Länderspringen ausgetragen. Es startete über 30 der besten Springer Nord- und Mitteldeutschlands. Den ersten Preis und damit den vom veranstaltenden Verein gestifteten Goldenen Ski gewann Buchberger (Hauptverband deutscher Wintersportvereine in der Tschechoslowakei) mit drei gestandenen Sprüngen von 46, 48 und 49 Metern. Zweiter wurde Bader (Weinigen), dritter Kerner (München).

Eishockey. Das Rejourspiel der Prager Sparta gegen den Wiener Eislaufverein, das am Sonntag in Wien stattfand, gewann die Prager Sparta sicher mit 4:1 (3:0, 0:1). Dem Treffen wohnten 3000 Zuschauer bei. — S. Trebitz gegen Motavka Slavia in Trebitz im Vondspiel 7:1 (2:0).

Vierter Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes. (Kreisvorturnerstunde) Diefelbe wird für den 1. und 2. Bezirk am Samstag und Sonntag, den 26. und 27. Jänner in Böhm. Leipa abgehalten, und zwar beginnt sie Samstag um 5 Uhr und Sonntag von 7 Uhr bis gegen 6 Uhr. Für den 3., 4., 5. und 7. Bezirk wird sie am 2. und 3. Feber in Reichenberg abgehalten. Beginn Samstag, den 2. Feber, 3 Uhr nachmittags. Zur Teilnahme sind alle Abteilungsstürmer, welche das Anaben, Mädchen-, Männer- und Frauenturnen leiten, verpflichtet. Mitzubringen sind die Übungsverzeichnisse für das Bundesturnfest, Turnkleidung und Turnschuhe, eventuell eine Decke, Handtuch, Seife etc. Wegen Nachtlager muß sich jeder, der dasselbe beanprucht, schriftlich an die Vereinsleitung wenden, wo die Kreisvorturnerstunde abgehalten wird. Ueber die Notwendigkeit der Delegation zu derselben erübrigt es sich wohl, erst viele Worte zu verlieren, denn es gilt, für unser erstes Bundesturnfest die wichtigste Vorarbeit zu treffen, damit wir turnerisch gut abschneiden. Das Verlaute nachzuholen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Pünktlichkeit, Disziplin und Tugenden eines jeden Turners. Die Leitung sämtlicher Übungen: der Bundesturnwart Genosse J. Böhmel.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Rechenmaschinen, T. C. D. G. A. R., Refazanka La. 2535

12 Photographien für K 6 nur im Photo-Studio Prag, Baclavské nam. 15. 1974

Herausgeber: Dr. Ludwig Ezech und Karl Cernak.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub.

Druck: Deutsche Zeitungs-Druckergesellschaft, Prag.

Für den Druck verantwortlich: C. Holta.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmisches Druck- und Verlags-Anstalt Gärtnert & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Holz- und Eisenmaschinen mit einer Umlaufleistung von 300.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Umlaufleistung von 250.000 Zeilen, Fernsprecher Nr. 271, Postsparkasse Nr. 127.503